Abgeordnete der unabhängigen Bauernpartei Holowacz sprechen sollte. Als der Redner sich auf der Rednertribüne zeigte, drang eine starke Abteilung der Schutzmannschaft in den Saal, um ihn zu räumen. Als sich die erregten Arbeiter mit Steinen und Flaschen zur Wehr setzten machte die Polizei von ihren Revolvern Gebrauch, wobei fünf Demonstranten verletzt wurden. Herbeigerufene Infanterie stellte die „Ordnung" wieder her und besetzte im Anschluß daran den Hauptplatz und die benachbarten Straßenzüge. Die Geschäfte sind fast ohne Ausnahme geschlossen. In der vergangenen Nacht wurden von der Polizei unter den Teilnehmern an den gestrigen Straßenkämpfen zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Ein Arbeiter, der gestern verwundet wurde, ist seinen Verletzungen erlegen.

Die Krise in Polen hat eine ungeheure Zuspitzung erfahren, die sich in Arbeitslosigkeit, Massenstreiks und Regierungskrisen auswirkt. Wir werden demnächst ausführlicher darüber berichten.

Wirtschaft

Englische Rationalisierungspläne

Ein Kraftwirtschaftsplan als Grundlage.

Das englische Kapital beginnt den Kampf um seine Weltherrschaft von neuem aufzunehmen. Der Premierminister hat in einer Rede die Grundzüge eines großzügigen Kraftwirtschaftsplanes auseinandergesetzt, der dem Parlament als Gesetzentwurf zugehen wird. Die Grundidee besteht in der Schaffung eines Verwaltungsrats, dem es obliegen soll, die großen elektrischen Werke untereinander zu verbinden und das Land mit einem Netz von Ueberlandzentralen zu versehen, von denen aus alle Ortschaften mit Elektrizität versorgt werden sollen. Die Werke, die ungenügend, bzw. unwirtschaftlich arbeiten, städtische Werke, wie auch private Gesellschaften sollen ihre Tätigkeit einstellen. Mit den großen Stationen, die sich in Privathänden befinden, werden besondere Werkverträge abgeschlossen.

In der Oeffentlichkeit wird der Plan begrüßt. Die Vertreter der Gewerkschaften und der (soz.) Arbeiterpartei setzen sich für seine Durchführung ein, nur erheben sie „aus Prinzip" die Einwendung, daß er nicht weitgehend genug ist, weil er die Verstaatlichung der mit der Elektrifizierung zusammenhängenden Elektrizitätserzeugungs- und Elektroindustrie nicht vorsieht. Die Kohlenbergwerkindustrie ist aus naheliegenden Gründen für den Plan nicht eingenommen. Würde die Elektrifizierung von Gewerbe, Industrie und Verkehr doch aufräumen mit Dampfmaschine und Gas und den Kohlenkonsum einschränken. Die befürwortende Industrie, in erster Linie die Leiter der großen Elektrizitätswerke dagegen sind der Meinung, daß die Bergwerke gerade den größen Vorteil davon tragen würden, nur müsse zuerst die Bergwerksindustrie so rationalisiert werden, daß die Kohle als Betriebsstoff verbilligt würde und eine billige Stromerzeugung gewährleiste.

Gegenwärtig wird in England in 600 Zentralen Strom erzeugt. Die meisten müßten nach dem Plane verschwinden, die besten vergrößert und ausgebaut oder große Kraftzentralen errichtet werden. Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß bei einer Normalisierung der Stromstärke für die Industrie ungeheure Vorteile erwachsen. Sie zieht nach sich die Normung und Typisierung der Elektro- und Maschinenindustrie, einheitliche Motore, elektr. Lampen, sämtliche Bedarfsartikel und Materialien und vereinfachte Arbeitsmethoden. Diese Vorteile und eine billige Betriebskraft können natürlich nur gedacht sein als Anfang der Gesamtreorganisation der englischen Industrie. Auf der Plattform der Elektrifizierung von Stadt und Land kann erst die eigentliche „Amerikanisierung" beginnen: das „laufende Band", neuzeitliche Arbeitsmaschinen die Mechanisierung der Arbeitssklaven und ihre Auspressung bis zum Weißbluten.

Obwohl der Elektrifizierungsplan — wenigstens rein äußerlich gesehen — vom Staate ausgeht, hat das Kapital schon seine Pläne, daß die neu zu errichtende nationale Kraftgesellschaft nicht mit „Subsidien" arbeiten soll, d. h. daß die Regierung an ihr nicht mit Gewinn beteiligt sein darf. Der Staat soll lediglich die Garantie für die Kapitalsicherheit übernehmen! Auf diese Weise hofft man Kapital genug zu 4—5 Prozent für die Sache zu bekommen. Es ist gedacht, den Plan in 5—7 Jahren zu verwirklichen. Mit ihm gedenkt das englische Kapital seine Wetbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt wieder herzustellen. Die Weltherrschaftspläne Englands, die sich dahinter tummeln, wollen wir von vornherein in das Reich der frommen Wünsche bannen. Diese hängt nicht allein von der Elektrifizierung resp. von der billigen Kraft, sondern mehr noch von der Rohstoffbasis, von der Höhe der Technik und von dem Quantum nationaler Arbeitsenergie, das für die Ernährung eines Landes aufgewendet werden muß. In dieser Beziehung ist Amerika sämtlichen europäischen Staaten sehr weit voraus.

Das englische Kapital ist sich wohl bewußt, daß dieser Elektrifizierungsplan und und die auf ihm gedachte Rationalisierung kein spezifistisch englischer Zauberstab bleiben wird. Es ist sich bewußt, daß die andern europäischen Kapitalismen notgedrungen folgen müssen und dadurch das vorhergehende Verhältnis von Konkurrenz und Absatzmangel, Arbeitslosigkeit und Finanzmisere wieder hergestellt wird. Deshalb will man von England aus versuchen, daß die Energiewirtschaft in europäischem Maßstabe aufgebaut wird. Natürlich rechnet man damit, daß England eine Nasenlänge voraus bleiben wird und damit seinen Vorrang, in Europa wenigstens, wieder herstellen kann.

Die englischen Pläne können wohl, solange sie nicht Allgemeingut aller europäischen Kapitalismen sind, das Schwergewicht der europäischen Wirtschaftskrise verschieben. Der Rationalisierungsplan bedarf zu seiner Verwirklichung den Aufwand ungeheurer Arbeitskraft. Es könnte wohl England gelingen, sein seit dem Kriege ständiges Arbeitslosenheer zu vermindern. Daß dies für ganz Europa möglich ist, gehört in den Bereich der Phantasie. Deutschland und alle europäischen Industriestaaten sind aus eigener Kraft nicht imstande, die notwendigen Kapitalien aufzuwenden. Sie sind schon heute so an Amerika verschuldet, daß ihnen die Hände vollständig gebunden sind.

Für die europäische Wirtschaft ist die elektrische Kraft zweifellos das A und das O aller Rationalisierung. In England z. B. gibt es Werke, die den Strom zu Beleuchtungszwecken für Kleinabnehmer schon für 2 Pence (1 P.=8½ Pfennig) pro Kilowattstunde abgeben und gute Profite machen, während andere 6 Pence nehmen und dabei manchmal nicht auf ihre Kosten kommen. Große moderne Kraftwerke könnten den Preis zweifellos noch unter 2 P. drücken. Eine Durchorganisierung auf zentraler elektrischer Basis mit allen Folgemöglichkeiten birgt für gewisse Kapitalsschichten zweifellos noch große Profitmöglichkeiten. Daß aber durch die Rationalisierung der europäischen Gesamtwirtschaft die europäische Wirtschaftskrise gebannt werden kann, wird im Ernste wohl kaum je ein Wirtschaftler zu behaupten wagen. Im Gegenteil, sie ist das beste Mittel, die Weltwirtschaftskrise, die heute nur in Europa stark verheerend wirkt, auch in Amerika zu beschleunigen.

Das amerikanische Kapital, das in Europa, hauptsächlich in Deutschland, nicht nur seine Dollarmilliarden, sondern auch einen bedeutenden Absatzmarkt zu schützen hat, wird nie einen einzelnen europäischen Staat soweit aufrücken lassen, daß er beides gefährdet. Es wird vielmehr den Konkurrenzstaaten helfen, daß sie recht bald auf die Technische Höhe Englands kommen, oder dieses noch überragen. Damit ist Amerika aber auch schon gezwungen, seine Waren zur Belieferung der europäischen und ev. asiatischen Kundschaft in Europa selbst herzustellen. Die Folge ist eine Lohndrückung und Verelendung beim amerikanischen Proletariat. Das muß das amerikanische Kapital um so eher tun, als es wieder das amerikanische Proletariat zur Drückung der Löhne in Europa einsetzen muß. Denn davon hängt letztenendes die Konkurrenzfähigkeit seiner europäischen Industrie ab, wie auch die Verzinsung seiner jetzt schon in Europa investierten Kapitalien.

Die Durchrationalisierung Europas bringt schließlich die Produktivität auf eine Höhe, die viele Millionen Proletarier überflüssig auf die Straße setzen muß. Denn, abgesehen von der vorübergehenden vermehrten Inanspruchnahme von Arbeitskräften zur Durchführung der Rationalisierung, bedeutet diese noch keine Vermehrung der Absatzmärkte. Sie bedeutet vielmehr eine Beschränkung dieser, durch Kaufkraftzerstörung infolge verminderter Belegschaften. Immer abgesehen von dem vorübergehenden Mehrgebrauch von Arbeitskräften während der Neuinstallation, braucht die rationalisierte Wirtschaft entschieden weniger Arbeitskräfte für die Versorgung der vorhandenen Absatzmärkte.

Die Rationalisierung im internationalen Maßstabe bedeutet also nicht Behebung, sondern Verschärfung der Weltwirtschaftskrise. Von diesem Gesichtspunkte muß sich die Arbeiterklasse leiten lassen in ihren Abwehrmaßnahmen gegen die Auswirkung der Rationalisierung, d. h. gegen die Angriffe der herrschenden Klasse. Der Kapitalismus ist nicht nur in ganz Europa eine Einheitsfront, diese ist vielmehr auch schon mit dem amerikanischen Kapital hergestellt. Von den Betrieben ausgehend, muß das Proletariat seine Kampffront schließen, um zur nationalen und darüber hinaus zur internationalen Klassenfront zu kommen. Zur Niederwerfung des Kapitalismus, ehe es zertrampelt am Boden liegt.

Prämien für Produktionseinschränkung!

Das englische Weißblechsyndikat, das erst kürzlich gegründet wurde, hat den Beteiligungsanteil der Werke von 85 auf 60 Prozent der normalen Produktion herabgesetzt. Für Ueberproduktion hat jedes Mitglied einen Schilling Strafe zu zahlen. Die Mitglieder, die unter dem vorgeschriebenen Soll bleiben, erhalten für jede Kiste eine Prämie von 9 Schilling. Jedes der angeschlossenen Werke hat pro Walzenstraße 50 Pfund Sterling Beitrag zu leisten.

Aus der Bewegung

AAU. und AAU.-E.

Zwischen AAU. und AAU.-E. fand sowohl in der Presse, als auch brieflich ein Gedankenaustauch statt über die Frage, ob auf dem Wege einer Arbeitsgemeinschaft eine Stärkung der revolutionären Front herbeizuführen wäre. Diese Erörterungen führten zu einer gemeinsamen Aussprache, an der zirka 45 Genossen dieser Organisationen teilnahmen. Auch waren einzelne Genossen anderer Richtungen vertreten.

Von der AAU.-E. lag ein konkreter Vorschlag dergestalt vor, daß beide Organisationen einen Aktionsausschuß einsetzen sollten mit der Aufgabe: Gemeinsame Propaganda, schriftlich und mündlich, mit den dazu gehörenden gemeinsamen organsatorischen Arbeiten, unter Hintanstellung der trennenden prinzipiellen Abweichungen, kameradschaftliche „praktische" Arbeit, um durch diese „praktische" Arbeit zur prinzipiellen Einigung zu kommen. Die Genossen der AAU. legten in sachlicher Weise klar, daß eine Propaganda ohne prinzipielle klare Grundlage unmöglich sei. Daß man vielmehr erst nach Ueberwindung der prinzipiellen Gegensätze zur praktischen Arbeit kommen könne. Daß ein Händedruck kein Programm sein könne. Daß eine Arbeitsgemeinschaft nur Sinn hätte mit dem Ziel der gegenseitigen Verschmelzung der Unionen überhaupt und diese Verschmelzung prinzipielle Klarheit zur Voraussetzung haben müsse. Daß es also nötig wäre, im Interesse der Sache über die Gegensätze die Debatte zu eröffnen um zu sehen, inwieweit, oder ob überhaupt der Klärungsprozeß fortgeschritten sei. Wir sind der Ueberzeugung, daß wir durch Verwischung der prizipiellen Gegensätze nur uns selbst, und ebenfalls das Proletariat betrügen würden.

Darauf setzte folgende Debatte ein: Ein Genosse der AAU.: Wie stellen sich die Genossen der AAU.-E. zur KAPD., als die Führerin der Klasse in der Revolution und in Konsequenz dessen zur ideellen und praktischen Unterstützung der KAPD., soweit sie — wie niemand bestreiten wird — im Sinne der Revolution kämpft und handelt. Darauf machten die Genossen der AAU.-E. folgende charakteristischen Eröffnungen: Ein Genosse erklärt, daß man, um dasselbe zu sagen, keine zwei Organisationen braucht. Ein anderer, der AAU. fehle der gute Wille. Ein dritter, Pfemfert: „Wir streichen aus unseren Vorschlägen, und sind beauftragt von der Mitgliedschaft, alles das fallen zu lassen, woran die Aktionsgemeinschaft scheitern könnte. Zu den prinzipiellen Fragen sich äußernd, erklärte Pf.: Wir wollen selbstverständlich diese Aktionsgemeinschaft nur benutzen, um eine Einigung mit der AAU. am Grabe der KAPD. herbeizuführen. Pf. glaubte dann noch feststellen zu müssen, daß auf ihrer Seite guter Wille, Ehrlichkeit, auf Seite der AAU. böser Wille, Organisationschauvinismus und Demagogie läge und ausgerechnet Pf. fügte hinzu, daß ihm die Meinung der Vertreter nicht maßgebend sei, die „Arbeiter" denken anders. Auf die Frage, ob die Genossen nicht mehr Recht hätten, auf ihre schwielige Faust hinzuweisen wie er, da sie doch Arbeiter sind, blieb er die Antwort schuldig. Die Genossen der AAU. stellten darauf fest: Wir sind offen und ehrlich, wir wollen die Einheit aller linksgerichteten Arbeiter, und verschmähen es, hinter einer solch vorgeschobenen Kompromißschusterei unsere wahren Absichten zu verbergen. Wir sind nicht genügend kleinbürgerlich verseucht um von der Tatsache, daß momentan nur eine beschränkte Propaganda möglich ist und den Blick für die Zukunft trüben zu lassen. Die Union ist entweder die Organisation der Klasse und verkörpert den Rahmen der Massenaktion in der Revolution, oder sie ist ein verspießerter Klub revolutionsschwindsüchtiger Gestalten. In dem Moment — und unsere Aktivität richtet sich dahin, diesen Moment herbeizuführen — wo die Arbeitermassen ihre Hörigkeit abstreifen, die Kadaverketten sprengen und zur Aktion schreiten, wird die Frage der Union erst im wirklich revolutionärem Sinne auf die Tagesordnung gestellt. Wir sehen diesen Moment voraus und wissen, daß die Klasse des Proletariats sich erst im Kampf überwindet. Aus diesen historisch gegebenen Tatsachen halten wir die revolutionäre Partei als Führerin des Proletariats in der Revolution für eine Notwendigkeit, und halten es für unsere Pflicht, unsere Arbeit, unsere Propaganda auf diesen teuer erkauften Erfahrungen aufzubauen. Wenn daher versucht wird, — wie von Pf. — an die schwielige Faust — die er garnicht hat — zu appellieren, und doch nur mit platten Argumenten an platte Köpfe, so sagen ihm die Eigentümer der schwieligen Faust, daß er sich gewaltig irrt, wenn er versucht, mit solchen Mätzchen auch nur die kleinste Kluft des Mißtrauens zu erreichen, um seine parteilose Brühe darin zu kochen.

Der Gesamteindruck der Versammlung unsrerseits kann dahin zusammengefaßt werden:

Trotz der schwierigen Lage, in der sich die revolutionäre Bewegung befindet, und trotz der Notwendigkeit, alles zu versuchen, die Arbeiter der AAU.-E. von der Unrichtigkeit ihrer Auffassung zu überzeugen, müssen wir unser Hauptaugenmerk doch auf das Proletariat selbst richten. Es birgt die unverbrauchten Kräfte in sich, wenn auch in dem großen Scheiterhaufen der Revolution noch manches verschüttet liegen mag, was sich immerhin lohnt auszugraben.

Jugendbewegung

Die Jungarbeiterdelegation berichtet über ihre Reise

Wenn die KPD. es mit ihrer Arbeiterdelegation verstanden hat, Teile des Proletariats direkt für Rußland zu fanatisieren, so erlebte der KJV. mit seiner Rußlandkampagne einen jämmerlichen Reinfall. Sowohl die Vorbereitung der Delegation, als auch die Aufnahme der zurückgekehrten Delegierten erwies eindeutig, daß diese, die angeblich von den Massen des Jungproletariats getragen sein sollte, sich nur stützte auf KJ., Jungsturm und sympatisierende (Sport-) Vereine.

Das zeigte sich schon klar, als die Rückkehr der Delegation von den Massen in einer mächtigen Kundgebung begrüßt werden sollte. Statt der Massen waren in Berlin selbst nach dem Bericht der „R. F." ganze 2000 Personen erschienen, was auch dadurch nicht aus der Welt geschafft wird, daß die „Junge Garde" Gefallen daran findet, diese Zahl einfach auf 3000 „aufzurunden". Trotzdem die „Jungarbeiterfunktionärkonferenzen", die in Berlin am 10. Januar stattfand, dasselbe kümmerliche Bild zeigte, bringt man in einer Jugendbeilage der „R. F." fertig, diese fast ausschließliche K. J.-Zusammenkunft als **„ersten Schritt zur Einheitsfront des Jungproletariats"** hinzustellen.

So waren die Ausführungen der Referenten unter diesem Eindruck in ziemlicher Katzenjammerstimmung gehalten, wenn auch alles nach vorher fixierter Schablone heruntergeleiert wurde. Der erste Referent, Gerasch, der sich immer noch als Mitglied der SAJ. bezeichnet, trotzdem diese ihn aus der SAJ. ausgeschlossen hat, erzählte allerhand belangloses Zeug. Er erzählte allerdings auch die Differenzierungen im Schulwesen. **Als er aber anführte, daß in „Sowjet"-Rußland den intelligenteren Arbeiterkindern höhere Bildungsmöglichkeiten offenstünden, wurden sogar einige Jungsturm-Kameraden stutzig.** Sie nahmen sich vor, nachher sich genau zu erkundigen, ob das nicht auch solcher Dreh ist, wie der Scherz, den sich die deutsche Republik in ihrer Reichsverfassung leistet, worin dasselbe **geschrieben** steht, **aber nur ein ganz verschwindend kleiner, sorgfältig ausgesuchter Bruchteil der Proletenkinder überhaupt in Frage kommt.**

Der zweite Delegierte, **Kiefert vom KJV.**, der Sekretär und geistige Inspirator der Jungarbeiterdelegation, ging mehr auf die Wirtschaft, die Arbeitsverhältnisse der russischen Arbeiterschaft und Arbeiterjugend ein und versuchte, daraus nachzuweisen, daß in Rußland die Arbeiterschaft die politische Macht in Händen hat und Rußland sich auf dem Wege zum Sozialismus befindet. Er sagte: Die Zeit der „Nep" ist abhängig von der Schnelligkeit der industriellen Entwicklung Rußlands. Zwar gab er zu, daß Rußland vorherrschend ein Agrarland ist. Aber er stritt ab, daß die Bauernwirtschaft die gesamte Wirtschaft und die Politik Rußland bestimmend beeinflußt. Zum Beweise dessen verlas er einige statistische Zahlen, wonach der Umsatz der Industrieprodukte den der Agrarprodukte um Millionen Rubel übersteigt. Aber halten wir es ihm zugute: er muß bestimmt seinen Geist während des Rußlandstudiums nicht ganz beisammen gehabt haben. Denn sonst hätte er, wie die ganze Delegation, doch schließlich merken müssen, daß im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses eine Frage von außerordentlicher Wichtigkeit stand. Nämlich die: **daß die geplanten und durch gute Ernte begünstigten Aktionen des Getreideexportes und des Industrieproduktenimports zum großen Teile dadurch gescheitert sind, weil die Bauern sich weigern, das Getreide herauszugeben, solange sie dafür nicht genügend angemessene Industrieprodukte erhalten. Die russische „sozialistische" Industrie ist dazu nicht fähig.**

Doch das nur nebenbei. Dann wurde ein Refereat über die **wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiterjugend** gehalten. Der Referent begründete ein vorgelegtes „Kampfprogramm", das zahllose Forderungen an die „Arbeitermehrheit" des Berliner Stadtparlaments enthielt. Er bemühte sich krampfhaft, gegenüber der Kommunistischen Arbeiter-Jugend den Nachweis zu führen, daß, solange die Arbeiter nicht auf den Barrikaden kämpfen wollen, man eine Plattform finden muß für gemeinsame Tageskämpfe und daß dazu die internationale Gewerkschaftseinheit Gebot der Stunde sei.

In der Diskussion gab ein Genosse der SPJ. darauf eine treffende Antwort. Er sagte, daß es notwendig ist, die Illusionen der Massen zu zerstören und nicht noch durch derartige „Kampfprogramme" zu verstärken. **Gegenüber dem Geschrei nach „Einigkeit" zitierte er, was Liebknecht über Einigkeit sagte.** Zum Schluß wies er noch darauf hin, daß nur durch Zerschlagung der konterrevolutionären Gewerkschaften und Zusammenschlüsse der jungen und erwachsenen Proleten in den Betrieben zu einer revolutionären Klassenorganisation die Bahn freigelegt wird zur Durchführung der proletarischen Revolution. Da solche Diskussion der KJ. an die Nieren ging, beschnitt man die Redezeit auf 10 Minuten und lehnte eine Diskussion über den Reisebericht ab.

Nachdem ein KP.-Genosse die üblichen „leninistischen" Allgemeinplätze wiederholte, erhielt ein Delegierter eines Großbetriebes das Wort.

Er richtete einige konkrete Fragen an die Rußlanddelegierten, die im Schlußwort ausweichend beantwortet wurden. So z. B. wußte Kiefert auf die eine Frage, was aus den **kommunistischen Samstagen**, der freiwilligen, unbezahlten Mehrarbeit oder Arbeit an Sonntagen, **die Lenin als Anfänge der proletarischen Kultur bezeichnete**, geworden ist, keine andere Antwort zu geben, daß in Rußland auf eine Woche ein Sonntag kommt, der in Georgien auf den Freitag fällt. Weiter ging der Betriebsdelegierte auf das „Kampfprogramm" ein und erklärte, **daß die Belegschaft ihn glatt auslachen und für verrückt erklären würde, wenn er für diese Illusionären Forderungen stimmt.** Als er dann näher die einzelnen Forderungen beleuchten wollte, wurde ihm das **Wort entzogen**, so daß er unter Protest die Bühne verlassen mußte.

Ein KJ.-Mann zeigte dadurch die engen Grenzen seines geistigen Horizonts, daß er die KAJ. als Zerstörer der „Einheitsfront" hinstellte. Darauf zeigte ein Vertreter der KAJ. die verhängnisvollen Auswirkungen der reformistischen Taktik der KJ. auf, **die sich besonders seit dem neuen Ekkikurs immer mehr demaskieren muß.** Besonders an Hand des Beispiels von 1923 wies er nach, wie schändlich und verbrecherisch eine derartige opportunistische Politik der Einheitsfront um jeden Preis ist. **Die Kommunistische Arbeiter-Jugend wird nach wie vor für die wirkliche Einheitsfront des revolutionären Proletariats im Geiste Karl Liebknechts kämpfen und alle anderen Illusionen rücksichtslos zerstören.**

Im Schlußwort konnte der Referent nur sehr lendenlahm antworten. **Er versicherte, daß die Rußlanddelegierten auf die Feststellungen und Fragen der wiederholten Briefe der KAPD. an das Rußlandkomitee, die von diesem verschwiegen wurden, in öffentlichen Versammlungen ausführlich antworten würden, was nicht geschehen ist.**

Mitteilungen

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.

Gruppe Charlottenburg: Jeden Mittwoch im Lokal von Jacob, Galvanistr. 7, abends 7.30 Uhr.

Gruppe Norden: Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Lokal Kluge, Danziger Str. 71.

Gruppe Osten: Jeden Mittwoch, abends 7.30 Uhr im Jugendheim, Lichtenberg, Dossestr. 22.

Die Abende sind öffentlich. Sympathisierende sind mitzubringen.

Der Arbeits-Ausschuß.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto Schernell-Berlin.
Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iszdonat, Berlin O 17, Langestr. 79.

7. Jahrg. Nr. 15

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Februar 1926

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

An die Mitglieder der KPD.!

Genossen!

Die Krise in der KPD. ist von einer schleichenden zu einer akuten geworden. Selbst die stärkste Anspannung der gesamten Mitgliedschaften zu opportunistischer Aktivität, kann den Gärungs- und Klärungsprozeß nicht verhindern. Die Einheitsfront mit Amsterdam und der Sozialdemokratie auf dem Boden des Reformismus und des parlamentarischen Kretinismus, wie die „Volksentscheid"-Aktion kann den Gegensatz zwischen den Staatsinteressen Rußlands und den Klasseninteressen des Proletariats nicht verschleiern. Der Kurs nach rechts wird hemmungslos gesteuert.

Die hannoversche Mitgliedschaft eurer Organisation wendet sich mit einem Flugblatt an das revolutionäre Proletariat. In ihm wird Protest erhoben gegen die reformistische Orientierung und die innerorganisatorischen, despotischen Maßnahmen eurer Zentrale. Als einzige konkrete oppositionelle Handlung wird der „Parteistreik" proklamiert. Sein einziger Sinn besteht in der Sperrung der Beiträge für die euren Willen mißachtenden Instanzen.

Was wollt Ihr?

Ihr wollt verhindern, daß die deutsche Sektion der dritten Internationale ein klägliches reformistisches Anhängsel von Schwarz-Rot-Gelb werden soll, das nicht untergehen soll im bürgerlich-parlamentarischen Sumpf des kapitalistischen Chaos.

Ihr seid — mit uns — der Ueberzeugung, daß die objektive Lage revolutionär und mit größter Intensivität die subjektiven Vorbedingungen für eine siegreiche proletarische Revolution geschaffen werden müssen.

Ihr lehnt — mit Recht — die von der KPD. gepflogene Anschmiegung an die bürgerlich-sozialdemokratischen Illusionen, das Schwimmen mit dem Strom unrevolutionärer Massen ab. Ihr seid — und immer wieder: mit uns — der Auffassung, daß die revolutionären Marxisten die alleinige Aufgabe haben, ein Höchstmaß revolutionärer Energie, absoluten Willen und Fähigkeit zur Revolution innerhalb des Proletariats zu wecken.

Euere Opposition ist ehrlich, doch sie ist zu spät geboren worden, um die gewaltigen Kräfte entwickeln zu können, die notwendig wären um die dritte Internationale und ihre Sektionen vor dem Untergang im sozialdemokratischen Sumpf zu retten. Der Karren rollt, unaufhaltsam. Gezogen von der magnetischen Energie des „Leninismus" treibt er zum Reformismus. Der friedliebende Böttcher, die revisionistischen Thalheimer und die republikanischen Brandlerfiguren sorgen dafür. Im Auftrage der russischen Regierung und im Namen der „richtigen" leninistischen Taktik.

Erkennt eure wirklichen Gegner!

Es ist richtig: Meist sind es ehrgeizige Politikanten und hohlköpfige Phraseure. Berufsrevoluzzer in Gestalt von Parlamentariern, Redakteuren und Sekretären. Das Wesentliche an diesem Geschmeiß ist jedoch sein Mutterboden, das parlamentarische Parteiregiment und sein Aufbau von oben nach unten. Das leninistische Prinzip hat Berufsführer, Autorität, Kadavergehorsam und Ueberzentralismus systematisch gezüchtet. Es hat mit dem echt konservativen Gedanken erworbener Führerqualitäten parteiamtliche Rangstufen geschaffen. In Ober-, Mittel-, Unterführer und einfache Mitglieder wurde eure Partei gestuft, das Bestimmungsrecht in entsprechender Weise verteilt. Selbstbestimmungsrecht galt nur bei Nichtigkeiten, die großen Dinge entschieden die „berufenen" Instanzen. Und das Ganze war ein **System: Leninismus.**

Das zweite ist folgendes: Durch die von der dritten Internationale und der KPD. schon seit Sommer 1919 angewandte parlamentarisch-gewerkschaftliche Taktik ist die Weltrevolution erstickt worden. Sowjetrußland stand isoliert und unterlag dem Druck seiner Bauernmassen. Sie wollten den Kommunismus nicht und haben — im Verein mit der kapitalistischen Umwelt — die kapitalistische Wirtschaft in Rußland erzwungen. Die ganze Regierungskunst der Bolschewiki besteht darin, die Interessen der Bauern und der Stadtbourgeoisie zu vertreten. Sie können aus dieser Lage nicht heraus und organisieren mit Hilfe der Sektion der dritten Internationale in den anderen kapitalistischen Ländern linksbürgerliche oder sozialdemokratische Oppositionen um die außen- und innenpolitische Lage „ihres" Landes in günstiger Weise zu beeinflussen. **Deshalb** die Parolen „Bündnis der unterdrückten Nationen", Bündnis mit Rußland", **deshalb** das Paktieren mit der Amsterdamer und der zweiten Internationale, **deshalb** schwimmt die KPD. mit dem Strom der unrevolutionären Masse!

Leninismus und russische Politik sind die wirklichen Gegner des revolutionären Klassenkampfes. Erkennt dies und ihr seid mit uns überzeugt:

Die Waffe eures oppositionellen Kampfes ist stumpf!

Sie trifft den Gegner nicht, weil er nicht entscheidend von euren Beiträgen lebt! Schreibt ihr doch selbst, daß die Zentrale die Sekretäre oppositioneller Bezirke einfach „aushungern" ließ! Beitragssperre ist nicht nur eine devensive, abwehrende Haltung, sie ist gegenüber den Instanzen der KPD. ohne jede Wirkung.

Eine klare, grundsätzliche Stellungnahme zu den Problemen des Klassenkampfes ist Vorbedingung eines aggressiven Kampfes gegen die reformistische Orientierung der KPD." Soweit Aeußerungen über sie von eurer Seite gemacht wurden, sind sie richtig. Aber **im Hinblick auf die aus eurer Kritik resultierende positive Politik zieht ihr keinerlei Konsequenzen!**

Wenn ihr die Stellung wie Politik Rußlands und die ungeheuerlichen Wirkungen der leninistischen Taktik in ihren Ursachen erkannt habt, dann gibt es nur eine Konsequenz: **Zerstörung aller Organisationen, die Träger dieser konterrevolutionären Tätigkeit sind!**

Ihr müßt zum Angriff übergehen!

Brecht mit eurer Vergangenheit. Nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch!

Macht euch keine Illusionen über eine Durchsetzung eures Willens innerhalb der KPD. Sie gehört nicht ihren Mitgliedern, sondern ihren Instanzen und der russischen Bauernregierung.

Verlaßt endgültig, demonstrativ und geschlossen die KPD. sowie die von ihr begründeten Organisationen! Erkennt, daß R. F. B., Rote Hilfe, I. A. H. und all die anderen Vereinchen das Proletariat ablenken vom prinzipiellen Denken und von der allein befreienden Tat der Revolution!

Erkennt die vielen Glieder und Rädchen bürgerlich-sozialdemokratischer Politik der KPD. **Verlaßt** die auf Geheiß eurer Instanzen vergeblich „revolutionierten", — **blauen, schwarzen und freigelben Gewerkschaften. Zerstört sie wo und wie immer ihr könnt!** Sie sind einer der stärksten und letzten Dämme des Kapitalismus vor der Flut proletarischer Erhebung!

Verlaßt demonstrativ alle parlamentarischen Einrichtungen der bürgerlichen Republik. Reißt ihr die demokratische Maske vom Gesicht.

Helft mit uns, das revolutionäre Proletariat in den Betrieben, auf den Gütern und Arbeitsmärkten als Klasse im Willen zum Sturz der Bourgeoisie zu organisieren! **Helft uns, die Einheitsfront des revolutionären Proletariats auf der Basis bewußter Antigesetzlichkeit in der festen, selbständigen Form der Allgemeinen Arbeiter-Union zu organisieren.**

Nehmt Stellung zu unserem Programm!

Laßt euch nicht wie Hunde zurücktreiben in den parlamentarisch-bürgerlichen Sumpf!

Seid konsequent!

Die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln der kapitalistischen Sklaverei kann nur das Werk des Proletariats selbst sein.

K. A. P. D. Geschäftsführender Hauptausschuß.

Die KPD. als radikal-sozialdemokratische Partei

Die „einzige Arbeiter-Partei" befindet sich augenscheinlich auf einer verdammt schiefen Ebene. Sie schliddert immer tiefer hinein in den reformistischen Morast. Die Proletarier der KPD., die da meinen, mit der Beseitigung der Brandler und Konsorten dem Opportunismus das Genick umgedreht zu haben, mußten in der Zwischenzeit manche bittere Pille schlucken. Besonders der neue Ekkikurs hat den revolutionären Proletariern in der KPD. manche harte Nuß zu knacken gegeben. Denn immer mehr demaskiert sich das wahre Gesicht der heutigen „linken" und „bolschewistischen" KPD.

Mit fast nicht mehr zu übertreffender Deutlichkeit erklärt nun das ZK. der KPD. wörtlich in einem Aufruf vom 5. 2. 26: **„Die Kommunistische Partei erklärt vor der gesamten Arbeiterklasse: Wir wollen keine wilden Streiks."** Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als: Die KPD. erklärt sich gegen jede selbständige revolutionäre Klassenaktion des Proletariats, also gegen die Auseinandersetzung mit dem Kapital, die nur eine „wilde", gleichzeitig gegen die Gewerkschaften und die parlamentarischen Parteien gerichtete Aktion sein kann. Das wird dadurch bestätigt, daß in den weiteren Ausführungen dieses Aufrufes sich das ZK. für „den organisierten machtvollen Kampf der Arbeiterklasse gegen die Unternehmeroffensive" durch „das gemeinsame Vorgehen der Gewerkschaften im Kampf gegen das Unternehmertum" erklärt. Da frage man sich noch, was ein Paradox ist: Daß die reformistischen, nach den eigenen Worten der KPD. mit der kapitalistischen Profitordnung verbundenen Gewerkschaften den revolutionären Klassenkampf des Proletariats zur Ueberwindung des kapitalistischen Systems „machtvoll" organisieren sollen und damit ihre eigene Existenzgrundlage vernichten. Oder daß eine sich „revolutionäre Massenpartei" nennende Organisation alle revolutionären Erfahrungen und Grundsätze verleugnet, um durch Anteilnahme an den Tagesnöten des Proletariats und durch „Einheitsfront des gesamten werktätigen Volkes", mit anderen Worten: durch Nährung unmöglicher reformistischer Illusionen und Auslieferung des Proletariats an seine reformistischen Henker eine stärkere Position für die Ostorientierung des kapitalistischen Deutschlands zu bewirken.

Nur dadurch, daß die Hauptaufgabe der Komintern und ihrer nationalen Sektionen die Unterstützung des „Bollwerkes der Weltrevolution", Rußlands ist, aber Rußland auf Grund seiner ökonomischen Struktur und Isolierung gezwungen wurde, kapitalistisch zu wirtschaften, daß ferner die kapitalistische Außenpolitik Rußlands im Gegensatz zu den proletarisch-revolutionären Interessen steht, ist dieses Paradox, dieses Schliddern in den Sumpf des Sozialreformismus zu erklären. Die KPD. befindet sich dadurch in einer schwierigen Lage. Sie muß, um nicht als Zerstörerin der „Einheitsfront" selbst entlarvt zu werden, ihre Entlarvungstaktik gegenüber der SPD. in engere Schranken zurückstecken.

Das zeigt sich auch drastisch in ihrer parlamentarischen Betätigung. Nachdem zuerst die Notwendigkeit der Beteiligung am bürgerlichen Parlament damit begründet wurde, daß das Parlament als Sprachrohr benutzt werden sollte, wurde man später folgerichtig zur praktischen Mitarbeit veranlaßt. Die Ruth Fischer—Maslow-Führergarnitur ging schon sogar dazu über, der sozialdemokratisch-bürgerlichen Preußenregierung indirekt die Existenz zu ermöglichen. Heute geht die KPD. unter ihrer endlich erreichten „bolschewistischen" Führung dazu über, Angebote für einen Linksblock in Sachsen zu machen, und von „Arbeitermehrheit" im Berliner Stadtparlament zu faseln. Auch hier ist es eine logische Entwicklung, wenn die KPD., die die Organisierung und Führung des „machtvollen Kampfes gegen die Unternehmeroffensive von den, am kapitalistischen Wirtschaftsaufbau interessierten freigelben Gewerkschaften erwartet, sich selbst durch ihre reformistische Einstellung auf den Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung stellt. So hat die KPD. in Berlin den Haushaltsetat bewilligt. Sie hat erhöhte Hundesteuer bewilligt, um dadurch die „Not der Erwerbslosen" zu lindern, wobei sie sich den geschichtlichen Hintertreppenwitz leistete, die Abstufung der Hundesteuer nach Einkommensverhältnissen zu beantragen, womit sie mit der vorgeblichen Arbeitermehrheit unter den Schlitten kam.

Die KPD. hat — was auch für die Rußlanddelegation der Weisheit letzter Schluß war — darüber hinaus den deutschen Kapitalisten wiederholt anempfohlen, durch Lieferung bil-

liger Industrieprodukte nach Rußland die Betriebsstillegungen zu verhüten. Wozu dann noch das Geschrei gegen die kapitalistische „Rationalisierung"? Was das alles noch mit dem revolutionären Prinzip des Sturzes des in seiner Todeskrise befindlichen und zu einer weiteren gesellschaftlichen Entfaltung der Produktivkräfte unfähigen kapitalistischen Wirtschaftssystems zu tun hat, fragt man sich hier vergebens.

Brandler und Thalheimer wurden wegen ihrer opportunistischen Politik in den Bann getan und bis in alle Ewigkeit verdonnert. Sie selbst ruhen heute im Hintergrunde auf ihren Lorbeeren in Moskau aus. Aber ihre Politik ist längst wieder zum Leben erwacht, sie blüht und gedeiht und treibt immer üppigere Früchte. Die Arbeiter- und Bauernregierung ist wieder die Losung des Tages. Sie soll dem „Bunde der Ausbeuter und Wucherer das Bündnis der Industriearbeiter, Landarbeiter und Kleinbauern gegenüberstellen". „Nur die Regierung der Arbeiter und arbeitenden Bauern wird die Herrschaft der Großbanken, Junker und Industriellen brechen. Die Regierung der Arbeiter und Bauern wird das Land der Fürsten und Großgrundbesitzer entschädigungslos enteignen, und den Landarbeitern und Bauern zuweisen. Sie wird die Lasten vom Halse des kleinen Mannes nehmen und den leistungsfähigen Schultern auferlegen. Sie wird die Bergwerke, Düngemittelwerke und Großbanken verstaatlichen, um so euch billige Betriebsmittel und Kredite zuzuführen. Sie wird ein festes Bündnis mit der großen Arbeiter- und Bauernmacht, mit Sowjet-Rußland, schließen, **und damit der deutschen Gesamtwirtschaft wieder aufhelfen.**"

Das ist der offenkundige opportunistische Brandlerkurs in Reinkultur. Wozu dann aber die Palastrevolutionen mit ihrem Theaterdonner? Wozu Absägung einer Führergarnitur durch die andere? **In der letzten Ekkibrief-Diskussion wurde offen zugegeben, daß der linken Opposition der Ruth Fischer—Maslow-Gruppe nur deshalb vorübergehend die Parteiführung überlassen wurde, um überhaupt die Einheit der Partei zu erhalten.** Aber alle diese demagogischen Winkelzüge und ihre revolutionäre Phraseologie werden die KPD. nicht davor bewahren, durch ihre Taten sich als eine radikale sozialdemokratische Partei zu demaskieren. Sie wird im weiteren Verlaufe nicht nur gezwunegn, vor den sozialdemokratischen Gewerkschaften zu kapitulieren und auf jede sogenannte „Eroberung" und „Revolutionierung" zu verzichten. Sie wird sich auch organisatorisch der mit ihr geistesverwandten SPD. annähern.

Denn auf die Dauer ist die Stellung der KPD. zwischen Feuer und Wasser unmöglich. Auf die Dauer wird es auch der Komintern unmöglich sein, eine revolutionäre Ideologie derart umzubiegen. Die KPD. ist heute in jeder Beziehung mit der Zwittergestalt der USPD. zu vergleichen und wird schließlich rettungslos deren Schicksal verfallen, da sie letzten Endes neben der SPD. keine besondere Existenzberechtigung hat.

Für das Proletariat, besonders für die Proletarier der KPD., ergibt sich daraus die Notwendigkeit, sich von dieser rosa-roten sozialdemokratischen Partei abzuwenden und für den revolutionären Klassenkampf zu entscheiden. Den Genossen der ultralinken Opposition sei gesagt, daß Oppositionsspielerei und „Parteistreik" unsinnig sind. So schwer es ihnen auch fallen mag: sie müssen den Trennungsstrich ziehen. Eine Organisation, die sich gegen den Verdacht wehrt, wilde Streiks zu inszenieren, Propaganda für wilde Aktionen der Erwerbslosen zu machen, die „Einheitsfront" zu zerstören, die das Proletariat an die konterrevolutionären Gewerkschaften mit ihren gesetzlichen Betriebsräten und freigewerkschaftlichen Erwerbslosenausschüssen fesselt, hat damit ihr eigenes Urteil gesprochen. Die Alternative: Sozialreform oder Revolution, ist auch für die KPD. die Klippe, an der sie scheitern muß.

Kommunistische Arbeiter-Partei.
Allg. Arbeiter-Union. Kommunistische Arbeiter-Jugend.

Mittwoch, den 24. Februar 1926, abends 7,30 Uhr,
in Boeker's Festsälen, Weberstraße 17,

Große öffentliche Versammlung.

Thema:

Arbeitslosenelend — Volksentscheid — Wast ist zu tun?
Proletarier! Euch geht es an. Erscheint in Massen.

Wenn das Proletariat nicht über die Klineg springen will, dann darf es sich nicht durch die Parolen der KPD. ablenken lassen. Die Losung ist nicht: „Kämpft gegen die Luther-Regierung, für die Auflösung des Reichstages und für Neuwahl!", um vielleicht mit dem Stimmzettel in der Hand die verfassungsmäßige Arbeiter- und Bauernregierung zu „erkämpfen". Es gibt keinen andern Ausweg in diesem vermorschten kapitalistischen System, als: die Arbeiter müssen selbst ihr Schicksal in die Hand nehmen, sich zu dem Programm der KAPD. und der AAU. bekennen und ihre revolutionäre Klassendiktatur aufrichten.

Zur russischen Frage

(Schluß.)

Um bei den Proletariern der hochentwickelten europäischen Industriestaaten nicht in revolutionären Mißkredit zu kommen, müssen die Regierungsbolschewisten verschweigen, was ihre jetzige Etappe „Bündnis der Arbeiter mit den Mittelbauern" in Wirklichkeit bedeutet. Sie können gegenüber ihren ausländischen Anhängern einfach nicht so „ehrlich" sein, die Karten ihrer Staatspolitik restlos aufzudecken und frank und frei zu bekennen:

Unser Marsch zum Sozialismus entpuppt sich immer mehr als ein grandioser Rückzug vor jenen ungeheuren gesellschaftlichen Kräften, die durch die Oktoberrevolution 1917 zum selbständigen Leben erweckt wurden. Wohl zertrümmerte unsere Arbeiterschaft in heroischem Ansturm den Zarismus, die bürgerliche Kerenski-Demokratie, wohl entthronte sie erbarmungslos die alte industrielle Bourgeoisie — aber die Frage, welches Verhältnis wir, die regierende Parei der Bolschewiki, gegenüber den riesigen Bauernheeren einnehmen sollen, kann bei dem überwiegend agrarischen Charakter unserer Wirtschaft und angesichts der kapitalistischen Umwelt nicht mit Blut und Eisen gelöst werden. Wir mußten, um vor acht Jahren nicht die untersten Schichten in das Lager der Koltschak, Denikin usw. zu treiben, uns einverstanden erklären, mit der Aufteilung der Feudalgüter unter die Bauern. Damit konnten wir jedoch nicht verhindern, daß sich eine Klasse bildete, die als Privateigentümer von Grund und Boden im Laufe ihrer Eigenentwicklung in immer schärferen Gegensatz zu den um den Kommunismus ringenden Proletariern geraten mußte. Denn diese millionenköpfige Masse der landbesitzenden Mittelbauern ist kapitalistisch orientiert, sie verfolgt gesellschaftliche Interessen, die denen unserer an Zahl so verschwindend geringen Industriearbeiterschaft diametral gegenüberstehen. Und diese Mittelbauernschaft, die bereits die Majorität der Landbevölkerung bildet, ist es, die uns, den Regierunsbolschewisten, einen eisernen Zwang auferlegt. Wir können, obwohl in erster Linie die Arbeiter in den Städten mit ihren Hirnen und Fäusten den Oktober 1917 vollbracht haben, nicht die proletarische Klassenforderung nach kommunistischer Wirtschaftsweise erfüllen. Wir mußten 1921 — als der zu Landbesitz gekommene Bauer zum erstenmal seine antikommunistische Klassenforderung anmeldete — das revolutionäre Schwert des kriegskommunistischen Systems aus der Hand legen und das Kompromiß der „Neuen ökonomischen Politik" eingehen, um den grollenden Dorfriesen zu beruhigen. Wir mußten seitdem weitere Konzessionen machen, weitere antikapitalistische Forderungen der Arbeiterklasse zurückstellen, und heute ist unsere Staatspolitik so sehr abhängig von dem Willen der selbständig gewordenen Bauernmassen, daß von einer Entwicklung Rußlands in sozialistischer Richtung gar keine Rede mehr sein kann. Denn unsere Produktions- und Klassenverhältnisse sind dergestalt, daß die kapitalistisch wirtschaftenden Bauern heute die mächtigste Gesellschaftsklasse darstellen, die jede Regierung, die nicht ihren Eigentumsinteressen gehorcht, einfach über den Haufen rennen wird. Mögen deshalb revolutionäre Proletarier gegen unsere Staatspolitik Sturm laufen — wir, die Bolschewiki, können nicht dem landbesitzenden Bauern kommandieren, daß er auf sozialistischer Grundlage produziert, wir müßten ihn zu diesem Zwecke erst enteignen, ihm das durch die Oktoberrevolution erhaltene Land wieder wegnehmen, — das aber wäre Proklamierung des Bürgerkrieges, den wir als Regierungspartei im Interesse des wirtschaftlichen Wiederaufbaues eben nicht entfachen können... Wir können in dieser Zwangslage nur das eine: den zu uns (als zu einem revolutionären Vorbild) emporschauenden Proletariern der europäischen Industrieländer zu raten, aus unserem geschichtlichen Dilemma die praktischen Lehren zu ziehen und vor allem zu erkennen: daß in den industriell hochentwickelten Staaten die Arbeitermassen nicht die geringste Ursache haben, auf die Interessen der bäuerlichen Schichten Rücksicht zu nehmen, weil hier die Proletarier gesellschaftlich so stark sind, daß sie an die Eigentumsideologie der Kleinbauern und Kleinbürger keine Konzession machen brauchen, um die Kapitalistenklasse stürzen zu können, — ja, daß hier die klassenbewußte Arbeiterschaft allein nur die kommunistische Revolution durchführen kann und muß.

Es ist klar, daß eine solche offene Erklärung der Regierungsbolschewisten über die russische Frage ein Todesstoß für die Moskauer Internationalen wäre. Die Proletarier würden das „rote" Rußland nicht mehr nach seinem parteipolitischen Schein, sondern nach seinem gesellschaftlichen Sein beurteilen. Sie würden die Reiseberichte menschewistischen „Arbeiterdelegationen" nicht mehr als absolute Wahrheit anbeten und auch den Wert der parlamentskommunistischen Politik erkennen. Die Gewerkschaftsfrage würde im revolutionären Sinne aufgerollt und entschieden werden nach den organisatorischen und ideellen Bedingungen des proletarischen Klassenkampfes in den hochkapitalistischen Ländern. Die Einheitsfrontpolitik der KPD. würde angesichts der konterrevolutionären Rolle der Sozialdemokratie für große Arbeitermassen einfach von der Tagesordnung verschwinden zugunsten der Herstellung einer revolutionären Klassenfront. Die Parole „Arbeiter- und Bauernregierung" würde erkannt werden als der Versuch, den Befreiungskampf der Arbeiterschaft vom geschichtlichen Wege ihrer Klasseninteressen in den Sumpf kleinbürgerlicher Existenzsorgen zu treiben. „Wenn der Mantel fällt, muß auch der Herzog nach." Wenn die russischen Bolschewiki selbst die Fata Morgana des „ersten Arbeiterstaates" zerstören würden, wäre mit einem Schlage die Blöße der Moskauer Internationalen enthüllt und damit zugleich die proletarische Stütze der russischen Staatspolitik zusammengebrochen, weshalb auch die Regierungsbolschewisten ein lebhaftes Interesse daran haben, daß der Sozialismus in Rußland wenigstens in der Vorstellung der europäischen Arbeitermassen „marschiert".

Aber die Moskauer Leninisten können dennoch nicht umhin, in verschleierter Form die Wahrheit über die russischen Verhältnisse auszusprechen. So stellte Bucharin auf der Moskauer Bezirkskonferenz fest: „Der Sinn der neuen ökonomischen Politik besteht darin, den Bauern nicht gewaltsam in das Reich des Kommunismus hineinzujagen, sondern darin, **im Anschluß an seine privatkapitalistischen Interessen** ihn am Schnürchen so zu packen, daß er nach und nach und unmerklich für sich selbst zum Kommunismus geführt wird." — Wie soll nun der Bauer „am Schnürchen gepackt" werden, wie soll mit Hilfe der „NEP." der Marsch in den Kommunismus vonstatten gehen? Bucharins Antwort auf diese Frage lautet: durch die Staatsindustrie und das Genossenschaftswesen. Und zwar muß man sich das so vorstellen: „Unser proletarisches Schiff, d. h. unsere Staatsindustrie wird zuerst die Genossenschaften nach sich schleppen, und die Genossenschaften, die ein schwerer Schleppkahn sind als dieses Schiff, werden an Millionen Schnüren die gewaltige Last der gesamten Bauernschaft hinter sich her ziehen"... in den Sozialismus natürlich „unmerklich für sie selbst"!

Was ist nun das „proletarische Schiff" der russischen Staatsindustrie? Sie soll nach dem Lenin'schen Plan sein eine „sozialistische Industrie", ein „konsequent sozialistischer Produktionstyp". Sie müßte dies verdammt sein, wenn sie dazu berufen ist, gleich einem Wolga-Dampfer den schweren Genossenschafts-Schleppkahn, an dem Millionen von Mittelbauer-Wirtschaften hängen, in den sozialistischen Hafen zu ziehen. Aber die Staatsindustrie ist dies keineswegs. Das ist so offensichtlich, daß selbst prominente Regierungsbolschewisten sich nicht mehr länger blauen Dunst vormachen lassen wollen. Warf doch der jetzt abgehalferte Finanzkommissar Sokolnikow auf dem 14. Parteitag folgende Fragen auf: **„Werden etwa in dem Augenblick, wo die Eisenbahnen, die unter dem Zaren Staatsunternehmungen waren, in die Hand der neuen Regierungsgewalt, der Arbeiterregierung übergehen, diese in der Sache schon sozialistisch organisierte Wirtschaftsbetriebe? Nein!** Vorhanden sind nur, wie bereits Lenin schreibt, **Bedingungen für die Entwicklung zum Sozialismus. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß bei uns nicht eine Fabrik ... sozialistisch organisert genannt werden kann.** Gibt es bei uns etwa Unternehmungen, die schon vollkommen sozialistisch sind? Nein, auch in der Industrie nicht. Unser Außenhandel wird in der Form eines staatskapitalistischen Unternehmens geführt. Unsere inländischen Handelsgenossenschaften sind ebenfalls staatskapitalistische Unternehmungen. Auch die Staatsbank ist ein staatskapitalistisches Unternehmen. Unser Geldsystem ist ist ... von Prinzipien der kapitalistischen Oekonomie durchdrungen."

Ganz abgesehen davon, daß Sokolnikow immerhin schon etwas mehr vom Wesen der russischen Industrie begriffen haben dürfte als ein menschewistischer Rußlandfahrer, steht sein Urteil über den Charakter der Staatsbetriebe durchaus im Einklang mit der russischen Wirtschaftsentwicklung seit Beginn der „NEP." Es ist völlig absurd, daß in einem Lande, — in dem nach Stalin **„die Entwicklung in der Richtung eines Auflebens des Kapitalismus sich bewegt"** — ein sozialistischer Produktionstyp sich herausbilden könnte, und noch dazu in einem Staate, der immer mehr von einer kapitalistisch produzierenden Bauernmehrheit den gesellschaftlichen Stempel aufgedrückt erhält. Weil in einer Wirtschaftseinheit (die doch Rußland darstellt) nicht gleichzeitig kapitalistische und sozialistische Produktionsweise herrschen kann, deshalb ist die russische „sozialistische Industrie" auch weiter nichts wie die „sozialisierten" Betriebe Oesterreichs und dies um so mehr, da sie 715 000 arbeitslose Proletarier einfach nicht beschäftigen kann, weil sie eben auf kommerzieller, d. h. auf kapitalistischer Grundlage steht.

Die russische Staatsindustrie (einschließlich der Genossenschaften) wird sich darum vergeblich bemühen, die privatkapitalistische Agrarwirtschaft „unmerklich für die Bauern" in den Sozialismus zu schleppen. So stockdumm ist die landbesitzende Bauernschaft nun doch nicht, daß sie solches nicht gewahr werden würde. Sie wird im Gegenteil wie schon früher so auch zukünftig den Regierungsbolschewisten unmißverständlich zu verstehen geben, wo die Reise auf dem staatlichen Wolga-Schleppdampfer hingehen soll. Die „sozialistischen" Staatsbetriebe sind in Wirklichkeit nur der Köder für das „Bündnis der Arbeiter mit den Mittelbauern". — sie sind nur der Strick, mit dem die russischen Proletarier („unmerklich für sie selbst") vor den Pflug des kapitalistisch wirtschaftenden Bauern gespannt werden.

Die Wahrheit über Rußland

In der „Roten Fahne" vom Mittwoch, den 17. Februar, teilt ein Teilnehmer einer Betriebszellensitzung der Osram-Fabrik D einen Bericht eines in Rußland beschäftigten früheren Kollegen der Abteilung mit, der heute in Rußland arbeitet. „Der Kollege ist in der ersten staatlichen Glühlampenfabrik als Laborant beschäftigt. Die Fabrik beschäftigt augenblicklich 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Kollegen sind restlos gewerkschaftlich organisiert. Wörtlich wird dort mitgeteilt:

„Der Lohn beträgt für hochqualifizierte Arbeiter 460 Mark monatlich; der am niedrigsten bezahlte Arbeiter erhält monatlich 180 Mark. Die am niedrigsten bezahlte Frau im Betrieb erhält monatlich 130 Mark."

Weiter heißt es noch, daß man schon für 10 Mark monatlich wohnen und sich für 120 Mark monatlich ernähren kann, unter Berücksichtigung des billigen Essens, daß die Fabrik in ihren Speiseräumen verabfolgt. „Mit voller Genugtuung", sagt der Berichterstatter, hörten wir diesen Bericht unseres Kollegen und Genossen. Somit erkennen wir erst recht die verleumderische Sprache der gegnerischen Parteien und Zeitungen. Denn es ist ein eigen Ding, von einem Kollegen zu hören, mit dem man zusammen den Weg zur Fabrik gemacht hat, mit dem man jahrelang an einem Tisch gesessen hat." Und die Fahne kann den Bericht ebenfalls ohne Bedenken drucken, da sie annimmt, daß sich fanatische Leninisten darüber keine Gedanken machen.

Man beachte, daß dies ein staatlicher Musterbetrieb ist, der den niedrigst bezahlten erwachsenen Arbeitern nur den dritten Teil der hochqualifizierten zahlt und den Arbeiterinnen gar nur den vierten Teil. Wie mag es erst in anderen Betrieben, in privatkapitalistischen, aussehen. Wovon sollen sich die Niedrigentlohnten kleiden, andere Bedürfnisse bestreiten. Nichts anderes machen auch die Kapitalisten anderer Länder, um die Solidarität der Proletarier zu untergraben. Und die Gewerkschaften werden in Rußland ebenso auf Seiten der Unternehmer stehen wie anderwärts, denn der Arbeiter aus Rußland berichtet doch, daß in diesem Betriebe alles restlos gewerkschaftlich organisiert ist.

Aber die staatlichen wie die privatkapitalistischen Betriebe sind großzügig für die niedrig bezahlten Arbeitskräfte. Unter dem obenerwähnte Artikel steht in der Fahne noch eine kleine redaktionelle Notiz folgenden Inhalts:

Ein Orden für einen Betrieb.

Den Arbeitern und der Administration der Maschinenfabrik „Oktoberrevolution" in Odessa gelang es, nicht nur den Betrieb, der 1920 durch einen Brand zerstört worden war, wiederherzustellen, sondern eine musterhafte Produktion zustande zu bringen. Im verflossenen Jahr produzierte die Fabrik 142 220 Pflüge, das sind 180 Prozent der Vorkriegsproduktion. Der Betrieb „Oktoberrevolution" steht an erster Stelle der Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen der Ukraine. Das Exekutivkomitee hat infolgedessen bei der Zentralregierung den Antrag gestellt, **den Betrieb mit dem Orden des Roten Banners für Arbeit zu belohnen."**

Den Komentar für den Orden mangels Barlohn gibt ein kapitalistischer Großbetrieb: Im Wirtschaftsjahr 1924/25 wurden in Tschiatury von der grusinischen Maganerzgesellschaft (Harriman-Konzession) 41 Millionen Pud gefördert, davon gingen 53 Prozent nach Amerika, 30 Prozent nach England und Holland.

Amerika hat Manganerze in großer Fülle. Wenn das amerikanische Kapital sie aus Rußland bezieht, so nur deshalb, weil sie dort trotz der enormen Transportkosten billiger sind. Den größten Vorteil von der Lohnklassifizierung und von den Orden in Rußland haben demnach die Aktionäre der amerikanischen Stahltrusts.

Politische Rundschau

Das wahre Gesicht des Völkerbundes

Der ungarische Staatsmann Graf Teleki ist in die Direktion der Standard Oil Co. gewählt worden. Der Herr Graf und Kommunistenmörder ist unlängst bekannt geworden als eine der Haupttriebkräfte der ungarischen Falschgeldindustrie. Der vielseitige Graf hat aber auch noch andere wichtige Funktionen und Einnahmequellen; er ist Delegierter Ungarns im Völkerbunde und war als solcher in der Mossulkommission. Hier trat er dafür ein, daß das Mossulgebiet der Türkei abgeknöpft und dem englischen Kapital zugeschanzt wurde.

An der Ausbeutung Mossuls ist die Standard Oil Co. mit 25 Prozent beteiligt. Man geht wohl in der Vermutung nicht fehl, daß der ungarische Staatsmann für seine „politische" Arbeit im Völkerbund seinen Lohn von der größten amerikanischen Petroleumgesellschaft erhielt. Das ist „rechtlich" keine Bestechung, das ist gang und gäbe und hunderte Minister und Parlamentarier gehen diesen Weg, um die Kenntnisse zu verwerten, die sie beim Staat sammelten. Daß der vielseitige Staatsmann für sein Riesendirektorengehalt auch nur für einen Pfennig Arbeit leisten wird, ist nicht anzunehmen. Dafür fehlt ihm nicht nur die Zeit, sondern auch die Eignung.

Die Besoldung dieses staatsmännischen Falschmünzers als „Direktor" der Standard Oil Co. zeigt aber ebenso deutlich wie hundert andere Merkmale das wahre Gesicht des Völkerbundes. Es ist daher erklärlich, daß kürzlich zwischen den deutschen demokratisch-sozialdemokratischen Postenanwärtern mit den nationalistischen ein wüster Streit um die Völkerbundspfründen entbrannte. Der Völkerbund ist nicht nur ein wunderbares Mittel zur Gehirnverkleisterung, sondern auch eine gute Erwerbsquelle.

Bayrischer Tabak

Der „Fränkische Kurier" hat seine Last mit den bösen Leuten, die jeden Respekt vor dem „Hause Wittelsbach" verloren haben. Wollen den Leuten das letzte Hemd noch nehmen, statt dankbar zu sein, daß das „Haus Wittelsbach" so bescheiden ist. Ist daher nicht verwunderlich, daß er gegen die grassierende Gefühlsrohheit folgendermaßen vom Leder zieht:

„Wie liegen nun die Dinge in Wirklichkeit? Das **Königliche** Haus Wittelsbach hat **freiwillig** und um die Kräfte des Landes zu schonen, auf einen gerichtlichen Austrag seiner Rechtsansprüche **verzichtet**. Ein solcher gerichtlicher Austrag hätte dem Königshause, das bekanntlich eins der reichsten Geschlechter Deutschland war, einen Grundbesitz von mindestens 400- bis 500 000 Hektar gesichert, damit aber zugleich das Land geschädigt. Der Verzicht auf den Rechtsweg bedeutet eins der **größten und selbstlosesten Opfer**, das das Herrscherhaus **seinem** Bayern gebracht hat. Der Ausgleich brachte dem Hause Wittelsbach statt eines Grundbesitzes von 400- bis 500 000 Hektar lediglich einen solchen von 10 000 Hektar, der dazu noch nicht einmal drei Viertel von dem trägt, was die **staatliche** Schätzungskommission als Erträgnis angegeben hatte. Von diesen 10 000 Hektar müssen 46 Mitglieder des Hauses Wittelsbach ihr Einkommen bestreiten, das in sehr vielen Fällen das Einkommen eines Oberregierungsrates nicht überschreitet. So sind mehrere Prinzen des Königlichen Hauses gezwungen, ihre Einkünfte durch Annahme einfacher bürgerlicher Stellungen zu erhöhen. Der Chef des Hauses Wittelsbach ist finanziell nicht in der Lage sich dauernd in München aufzuhalten, um dort ein **seinem Range zukommendes Leben zu führen.** Ebenso hat die im Vorjahre beabsichtigte Uebersiedlung der Familie des Kronprinzen nach Würzburg lediglich aus dem Grunde nicht erfolgen können, weil der Kronprinz nicht über die finanziellen Mittel zu aus sanitären Gründen notwendigen Einbauten in die **Residenz** verfügt und daher diese leider nicht beziehen kann. Die vom bayrischen Staate als Ausgleich für ungeheure und weltberühmte Kunstschätze zugesagte Barsumme von 60 Millionen Papiermark hatte, wie schon einmal mitgeteilt, am Tage der Auszahlung nur den Wert von 11 000 Goldmark. Auf gut Deutsch heißt das: das Haus Wittelsbach bekam für die Früchte seines weltberühmten Mäzenatentums nur etwa den Jahresgehalt eines höheren Beamten als einmalige Abfindung.

So liegen also die Dinge in Wirklichkeit! Das Land Bayern, das den Kunstschöpfungen der Wittelsbacher, besonders denen Ludwigs I., ohne die München nicht wäre, und Ludwigs II. (Königsschlösser, sein Mäzenatentum gegen Richard Wagner!) so viel verdankt, das Land Bayern, das heute noch durch Wittelsbachs Kunstliebe große finanzielle Einnahmen hat (Fremdenverkehr in München, im bayerischen Hochlande, in Bayreuth usw.), dies **sonst so selbstbewußte** Bayern hat es bislang nicht als seiner unwürdig empfunden, daß, wie das tatsächlich der Fall ist, der Chef des Hauses Wittelsbach nur einen geringen Bruchteil dessen zugesprochen erhält was der Fürst Reuß jüngere Linie von seinem Lande bekommen hat. Und Sozialisten und Kommunisten verhetzen noch obendrein das Volk und erzählen von den „Millionen, die das Herrscherhaus dem armen Volke aus den Taschen gestohlen" habe!"

Ganz gewiß kann man bei einer derartigen Lektüre nicht ernst bleiben. Aber trotz alledem, daß **so** etwas möglich ist, und daß ferner das Proletariat **heute** noch glaubt, durch ein **parlamentarisches Manöver** könnte er gegen eine solche Frechheit etwas ausrichten, zeigt, daß es nicht nur notwendig war, diese Herrschaften eine Kohlrübe kürzer zu machen, sondern auch den kapitalistischen Acker so umzuwühlen, daß derartige Kohlrüben und sonstiges Unkraut einfürallemal verschwindet.

Uebertrumpft

Die „Baseler Arbeiterzeitung" vom 18. Dezember 1925 hat einen Artikel veröffentlicht, in dem sie die Reise einer Delegation nach Rußland ablehnt und zu dem Schluß kommt, es mögen 200 russische Arbeiter die Schweiz besuchen. Wörtlich schreibt sie darüber:

„Die Entsendung einer schweizerischen Arbeiterdelegation nach Rußland hätte nicht mehr als problematischen Wert. Restlose Wahrheit über die Lage der russischen Arbeiter würde ihr dort nicht geboten und was wirtschaftspolitisch für uns von Interesse ist, erfahren wir auch ohne Delegation. Wir wüßten aber einen anderen Vorschlag: Wie wäre es, wenn man einmal 200 russische Arbeiter und Arbeiterinnen verschiedener Branchen und Herkunft in unser Land kommen ließe! Zu einem einjährigen Arbeitsaufenthalt und dafür ebensoviele extreme Moskaugläubige als Austausch nach Rußland senden würde, um dort unter den gleichen Verhältnissen und Existenzbedingungen zu arbeiten wie der russische Arbeiter? Vielleicht würde man dann eher innewerden, wie es sich im Sowjetstaat als gewöhnlicher Arbeiter leben läßt."

Der „Klassenkampf" von Halle (auch die übrige KPD.-Presse) schreibt dazu:

„Man sieht, die Methoden sind überall gleich. Die Schweizer Sozialdemokratie, die nichts unternahm, als auf Schweizer Boden von Schweizer Staatsangehörigen der diplomatische Vertreter der Sowjetunion Worowski ermordet wurde, versucht den Massenwillen der Arbeiter, zu einer Verständigung mit den russischen Arbeitern zu kommen, durch solche **Mätzchen** zu sabotieren."

Dazu zu sagen wäre, daß der Fall **Worowsky** wohl zu dieser Angelegenheit nichts besagt. **Dann** kann man doch verdammt nicht von **„Mätzchen"** reden, es sei denn, daß die KPD. und die III. Internationale eben mit ihren Mätzchen gegen einen solchen „Matz" nicht anstinken kann, auf ihrem eigenen Felde, auf dem Felde der Demagogie sich eben als geschlagen bekennen muß.

Gesund gestossen!

In Berlin ist wieder einmal mit dem üblichen eklen Gestank eine der zahllosen Eiterbeulen aufgebrochen. Nach monatelangen Untersuchungen gibt der Magistrat bekannt, daß zwei deutschnationale Steuerbeamte die Kommune Berlin um Hunderttausende von Mark geschädigt haben. Die von einigen Blättern genannte Ziffer von einer halben Million Mark ist zweifellos noch viel zu niedrig gegriffen.

Der Sachverhalt ist folgender: Die Stadtinspektoren Ernst Gerhardt und Gottfried Schulz waren von der zentralen Finanzverwaltung nach den Bezirksämtern Mitte und Kreuzberg beordert worden, wo sie die Veranlagung für die Grunderwerbssteuer vorzunehmen hatten. Die beiden haben natürlich die Spekulation mit Grundstücken in jeder Weise begünstigt und mit den Bodenspekulanten gemeinsame Sache gemacht. Die Steuer wurde jedesmal viel zu niedrig veranlagt, wofür die Grundstücksspekulanten den beiden Stadtinspektoren Riesensummen zusteckten. Dadurch sind nach und nach die Hunderttausende von Mark in die Taschen der beiden geflossen.

Erst als Anzeigen eingingen, schritten die oberen Behörden der Finanzverwaltung langsam zu einer Untersuchung. Die Untersuchung geht schon monatelang und wurde derartig „geschickt" geführt, daß sich die beiden Defraudanten rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten.

Vor einer Internationale der Briefmarkensammler?

„Die Zahl der in Verbänden organisierten Briefmarkensammler wird von der Fachpresse auf zirka 2½ Millionen geschätzt; davon allein in Deutschland 450 000. Rechnet man davon nur 40 Prozent der proletarischen Klasse angehörig, so kommt man auf die stattliche Zahl von 1 Million Sammler, die unter dem Einfluß bürgerlicher Elemente stehen. Dies muß abgeschafft werden. Genau so, wie wir dem bürgerlichen Sport den Arbeitersport entgegensetzen, genau so haben wir auch die proletarischen Briefmarkensammler dem Einfluß der Händler und Spekulanten zu entreißen und sie in einer proletarischen Organisation zusammenzufassen. Darum heraus aus den bürgerlichen (neutralen?) Briefmarkenvereinen und Klubs. Kämpft mit uns gegen Spekulanten und Fälscher und die die Sammlerwelt beeinflussende Briefmarkenbourgeoisie. Schließt Euch dem proletarischen Rundsendezirkel „Filintern" an.

Der Mann hat recht! Aber der „Klassenkampf" in Halle, der diese Notiz veröffentlicht, ist wirklich nicht auf der Höhe, trotzdem er als Zeitung der III. Internationale die Pflicht hätte, sofort „revolutionär anzuknüpfen". Wie viele Proleten sind außerdem noch in bürgerlichen Kaninchenzüchtervereinen und stehen dort unter dem Einfluß der Kaninchenzüchterbourgeoisie, von sonstigen Spar-, Harzer Ziegen- und sonstigen Piepmatzvereinen gar nicht zu reden. Es eröffnen sich also hier ungeahnte Perspektiven . . . Es lebe die Briefmarkensammler-, die Kaninchenzüchter-Internationale! Moskau wird gegen diesen Stumpfsinn gewiß nichts einzuwenden haben.

Wirtschaft

Reinholds Finanzprogramm

Neue Flickversuche an der Wirtschaftskrise.

Herr Dr. Reinhold, der demokratischen Republik neuer demokratischer Finanzminister, hat allen bisherigen Ministern etwas voraus, das ihm den Nimbus des Wundermannes gab: Bei seinem ersten Auftreten im Reichstage soll er es verschmäht haben, die ihm von seinem Bürodirektor angefertigte Rede zu „reden", sondern eine selbstfabrizierte. Wenn das Finanzprogramm des Besitzers der Firma „Neuer Geist-Verlag" auch nur bei den Industrie- und Handelsinteressenten ungeteilten Beifall fand, der Redefluß dieses ehemaligen Revolutions-„Arbeiterrates" eines Literatenzirkels findet in allen Lagern des Parlaments Anerkennung.

Die Arbeiterklasse hat allerdings allen Grund, sich das „allerneueste" Allheilmittel zur „endgültigen" Ueberwindung der Wirtschaftskrise etwas genau anzusehen. Zwar zahlt das Proletariat alle Steuern, die überhaupt aufgebracht werden. Auch die Steuern der Industriellen, Bankiers und Händler bilden einen Teil seines Arbeitslohnes; sie werden ihm vom Lohne gekürzt, resp. auf die Lebensbedürfnisse geschlagen. Die neue Finanzpolitik des Reiches stellt nicht nur die selbstverständliche steuerliche Entlastung der Bourgeoisie dar auf Kosten der Arbeiterklasse, es wird für diese damit auch eine großzügige Gehirnverkleisterungsmethode eingeleitet. Schon darin liegt ein ungeheurer Bluff, daß Dr. Reinhold nach Meinung des „Vorwärts" mit dem Märchen aufgeräumt hat, daß sie demokratische Republik teurer wirtschaftet als die Monarchie".

Das neue Finanzprogramm gipfelt in der Weisheit, daß die bisherigen Steuern zu hoch waren und deshalb ermäßigt werden müssen. Für ungedeckte Ausgaben des Reichshaushaltsplanes müssen — neue Steuern gesucht, für außerordentliche Ausgaben Anleihen aufgenommen werden. Steuerermäßigung ist nur für die Bourgeoisie gedacht, einschließlich freie Berufe und Angestellte mit über 8000 Mark Jahreseinkommen, die Lohnsteuern sollen — „vereinfacht" werden. Die Verein-

Ein neuer Stern am Moskauer Parteihimmel

Von einem Genossen, der bis vor kurzem noch der KPD. angehörte, erhalten wir folgende Notiz:

Die Anzahl der von der Kommunistischen Partei Deutschlands in Verschleiß kommenden „Führer" ist Legion. Nicht ohne Logik. Eine Partei, die ihre Hauptaufgabe in der Proklamierung ständig wechselnder, meist sich widersprechender und sich gegenseitig aufhebender Parolen sieht, muß, so sehr die einzelnen „Führergarnituren" auch mimickrytisch die Parolen durchzuführen versuchen, die sie tags zuvor noch wütend bekämpfen, über einen zahlreichen Stamm von Leuten verfügen, um jeweils für jede Parole eine einwandfreie Garnitur zu haben. So sahen wir Zeitgenossen alles mögliche und unmögliche Gesocks an uns vorbeiziehen, das sich als „Führer" bezeichnete, und, was schlimmer ist, was sich die Proleten in der Kommunistischen Partei als Führer gefallen ließen.

Es würde zu weit führen und es hieße übrigens auch den meisten der politischen Gernegroße zu viel Ehre antun, wollte man alle diejenigen Revue passieren lassen, die durch die Parolenpolitik der KPD. an die Oberfläche der Parteibewegung geschwemmt wurden. Man muß sich darauf beschränken, ab und zu ein Musterexemplar herauszugreifen.

Der Parteitag der russischen kommunistischen Partei hat, neben anderen interessanten Dingen, auch einen kleinen Ausschnitt aus der Personalpolitik der KPD. gebracht. Es ging um Maslow; gestern noch **der** Mann, **der** Revolutionär, heute **der** Trottel, **der** Spießbürger. — Hier ist nicht der Rahmen, innerhalb dessen Maslows Schaukelpolitik besprochen werden soll. Es handelt sich vielmehr um den neuen Stern, dessen erste parteioffizielle Tat darin bestand, daß er dem politisch krepierenden Maslow „mutig" noch einen Fußtritt versetzte. Otto Kühne heißt der neue Mann, der mit dem Berufsrevolutionär Heinz Neumann die durch Ruth Fischers Brief an den Parteitag veranlaßte Erklärung abgab. Ueber Heinz Neumann braucht kein Wort mehr verloren zu werden, den Gipfelpunkt seiner traurigen Berühmtheit erklomm er dadurch, daß er die durch weißgardistische Bestien ermordete Rosa Luxemburg nachträglich noch geistig zu töten versuchte. Unter dem Beifall aller Kominterngrößen selbstverständlich der selben Größen, die Rosa neuerdings gnädigst wieder in die Reihen der Revolutionäre aufgenommen haben.

Weniger bekannt als Neumann ist Otto Kühne. Als Mitglied des Zentralkomitees der KPD. und Vertreter bei der Komintern verdient er es schon, einem größeren Kreis von Porletariern, auch seinen eigenen Parteigenossen, etwas näher bekannt gemacht zu werden.

Nicht „schon" in der Revolution, wie viele andere „Größen", sondern erst geraume Zeit später kam Kühne dadurch in die Arbeiterbewegung, daß er in einem Berliner Eisenbahnbetrieb in den Betriebsrat gewählt wurde. Durch die infolge der kapitalistenfreundlichen Haltung der Bürokratie des Deutschen Eisenbahnerverbandes hervorgerufene Spaltung der Eisenbahnerorganisation und die durch die KPD. geförderte Bildung des Freien Eisenbahner-Verbandes wurde für Kühne die Leiter geschaffen mit deren Hilfe er „aufstieg". Sein Freund und Gesinnungsgenosse Geschke jonglierte ihn in die Berliner Bezirksleitung der KPD. Seine dort geleistete „positive" Tätigkeit bestand ausschließlich darin, daß er jeweils mit dem Kopf nickte oder wackelte, je nachdem es die Position des herrschenden Klüngels erforderte. Und darum war Kühne ein angesehener Mann, der zu den besten Hoffnungen Veranlassungen gab. Er galt sogar als klug, weil er klug genug war, seine Dummheit nicht zu verraten. Seine einzige wirkliche echte Tugend ist die Schnoddrigkeit, im Verkehr mit Proleten nämlich, im übrigen aber, gemäß Ekki-Brief, insbesondere gegen die Sozialdemokraten höflich. Daß aber nicht nur andere Menschen, sondern Kühne selbst von seiner Tüchtigkeit und seinem Beruf, eine große Rolle in der Arbeiterbewegung als Führer zu spielen, überzeugt ist, mag der von ihm in aller Offenherzigkeit seinen Arbeitskollegen in Pankow gegenüber getane Ausspruch beleuchten: „Ihr könnt doch von mir nicht erwarten, daß ich die Kohlenschaufel noch einmal in die Hand nehme; ich komme mit meiner großen Schnauze überall durch!"

So eifrig, wie Kühne die Parole der KPD. auf Gründung selbständiger Gewerkschaften betrieb, so eifrig betrieb er, als die Ordre dazu aus Moskau kam, die Rückkehr in die Arme der Reformisten. Für den Fall des Erfolges wurde ihm von der kommunistischen (damaligen) Cäsarin Ruth Fischer die Mitgliedschaft in der Zentrale der Kommunistischen Partei versprochen. Und so schlitterte Kühne in einem Zeitraum von knapp drei Jahren den Weg vom einfachen Parteimuschkoten zum Mitglied der Reichszentrale einer Arbeiterpartei, deren Mitglieder allen Ernstes davon überzeugt sind, Revolutionäre zu sein. Er hat nie in seinem Leben ein Flugblatt mit verbreiten helfen, mit Ausnahme von einem halben Dutzend politischer 10 Pfennig-Broschüren keine Literatur kennen gelernt, ist also durchaus durch keine marxistischen Theorien belastet und so der gegebene Mann der Bolschewisierung.

Dankbarkeitsgefühle sind für den Politiker ein Minus. Und so hat Kühne in Moskau mit der Erklärung gegen Maslow auch seiner Gönnerin Ruth Fischer einen Tritt versetzt, von der er noch vor kurzer Zeit den von einfältigen Proleten geäußerten Verdacht abwehrte, daß auch sie und Maslow reformistische Anwandlungen bekommen könnten.

Kühnes Karriere beweist, daß man durchaus nicht klug zu sein braucht, im Gegenteil, man darf sehr dumm sein, aber man muß Dümmere finden, und die hat ihm die KPD. geliefert. Er wird deshalb ein großer Mann sein, wie alle seine Vorgänger, bis auch er, wie alle seine Vorgänger, am politischen Galgen irgend einer Parole hängen bleiben wird. Dann ist er vorübergehend der Esel.

Leider sind es die Mitglieder der KPD. ununterbrochen . .

Aus der Kloake

Wir meinen damit den „Vorwärts". Er hat in seiner Beilage einmal die schönen Mädchen, die momentan arbeitslos sind, bei den Löckchen, kneift väterlich verzeihend ob der schönen Waden das eine Auge zu, und sieht nichts, wenn die schönen Waden schön genug sind, einem kleinen Zuschuß zur Erwerbslosenunterstützung zu bringen. Dann bringt er die Erfahrungen einer Bettlerin, die sich mit ihrem Kind eine Stunde vor ein Warenhaus stellt, und auf Grund ihrer Einnahmen philosophiert was die Bettler bei achtstündiger Arbeitszeit für ein Schlemmerleben führen. „Wurstmaxe" und „Minna" — letztere eine Prostituierte — folgen und werden eben so schön beredet, in ihren Gewohnheiten, ihrem Leben, ihren Anschauungen. — Die letzte Sensation bildet der „proletarische Haushalt". Dort wird von „Glück" „Unglück", alten Sachen, neuen Sachen geschwätzt, und zum Schluß gesagt, daß der „Haushaltungsvorstand" eben so gewissenhaft rechnen müsse, wie ein Unternehmer, daß der Betrieb „rationell" bewirtschaftet werden müsse, das teuerste doch immer das billigste wäre, und aus vielen Gründen die Frauen eben nicht „wirtschaften" könnten. Weil sie das **nicht** könnten, müßten sie sich mehr der „großen Familie": Gewerkschaften, Genossenschaften usw. anschließen. Sogar der „Sozialismus" ist ihm gut genug zu seinem schmierigen Geschäft. Es heißt da zum Schluß:

„Haushalten und der Sozialismus.

Ist es doch so, daß die gewaltigen Kampforganisationen der Arbeiterklasse zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung, deren einziger Sinn ihr Fruchtbarwerden für den Haushalt der Arbeitermassen ist, kaum je als die wichtigsten Helfer der Hausfrauen und Väter von den Massen wirklich erkannt und genannt werden. Die Gewerkschaften, die gar keinen anderen Zweck haben, **als den Hausfrauen mehr Geld für den Haushalt zu verschaffen** und dem Mann mehr Zeit für Frau und Kinder — die Konsumvereine und Genossenschaftsfabriken, **die für gleiches Geld mehr und besseres liefern als alle Warenhäuser und Händler** — die **Partei**, deren einziger Sinn es ist, **Staat und Gemeinden** zu einem zweiten, **nur der ganzen Arbeiterschaft dienenden Haushalt zu machen**, wie sind sie doch heute veräußerlicht und ihrem einzigen Zweck, dem Familienhaushalt, **entfremdet, weil Hausfrauen und Väter vom Haushalten zu wenig wissen.** Man dürfte wohl kaum eine Statistik machen darüber, wie viele Hausfrauen und auch Familienväter die Gewerkschaftsbeiträge, die Genossenschaftsanteile, die Parteibeiträge wirklich nur deshalb freudig zeichnen, weil sie wissen, daß sie zuletzt nur **ihrem Lebens- und Familienglück zugute kommen.** Man komme **nur damit nicht**, daß im **kapitalistischen System** im Haushalten und Familienleben der Arbeiterschaft **nichts glücklicher werden kann.** Wenn die Arbeiterschaft weiß, was sie soll, wenn sie nicht nur weiß, daß sie der Schuh drückt, sondern auch wie er passend gemacht werden kann, dann kann sie alles. Gerade die Enttäuschungen der Lebenshoffnungen, die die einzelnen in ihren Familien erleiden und dann das ganze Leben lang mit sich schleppen, macht sie **feige** für den Kampf, unlustig, indifferent **oder überradikal.** Darum fehlt der Arbeiterschaft auch immer noch die Macht, die sie längst haben könnte nach ihrer Zahl. Auch der Sozialismus, der uns sicher ist, vollbringt keine Wunder. Vermehrt er nur das Geld, das die arbeitenden Menschen zum Leben bekommen, so ist für ihr Lebensglück noch gar nichts gewonnen."

Da stehste wirklich machtlos vis a vis. Was diese Herrschaften doch alles können. Die modeln mit ihrem dicken Arsch so in aller Ruhe den kapitalistischen Saal in einen proletarischen Haushalt um daß es nur so brummt. Man muß sie nur hübsch in Ruhe lassen und bezahlen. Die Gewerkschaften sind bloß dazu da, um den Hausfrauen mehr Geld für den Haushalt zu verschaffen. Die Genossenschaften des billigen Jakobs, schlagen eben alle kapitalistische Konkurrenz aus dem Felde. Wenn die Arbeiterschaft nur **wüßte**, dann könnte sie mit **ihrem** Kapital den Kapitalismus überhaupt niederkonkurrieren! Aber sie versteht eben nichts vom Haushalten! Sonst würden die Frauen am Zahltag den vollgefressenen Bonzen gleich den halben Wochenlohn in die Fresse werfen. Wenn sie **das** tun, dann brauchen sie nämlich **keine** Revolution, denn „man sage **nicht**, daß die Arbeiterschaft im kapitalistischen System nicht glücklich werden kann". Der „Sozialismus" ist zwar „sicher", aber er vollbringt keine Wunder, und die Hauptsache ist doch das Glück.

Man muß die hundsgemeine Art dieser Clique immer und immer wieder festnageln. Sie, die aus allen Blüten Honig saugen, die skrupellos Tausende erledigten, in die Zuchthäuser steckten, deren einzige Tat ein fortgesetzter Verrat an den arbeitenden Klassen ist, weil für sie die soziale Frage gelöst ist; sie sind gerade berufen von Feigheit und Indifferentismus, von „Ueberradikalismus" zu reden. Sie sind der Fluch der Arbeiter, und der Weg zum Aufstieg des Proletariats geht über die Trockenlegung dieser Kloake.

Proletarier! „Volksentscheid" ist eine Schwindelparole!

fachung soll eine Lohn- und Arbeitsersparnis für die Unternehmer bilden: ermäßigt wird die Lohnsteuer nicht um einen Pfennig.

Es sollen ermäßigt werden: die Umsatzsteuer von 1 Proz. auf 0,6 Proz.; in weiterem Maßstabe die „erhöhte Umsatzsteuer", d. h. die Luxussteuer (!), die teils ganz aufgehoben werden soll. Ferner soll die Fusionssteuer, die bei Zusammenschlüssen von Unternehmen erhoben wird, ermäßigt werden. Schließlich sollen noch ermäßigt werden: Vermögenssteuer, Wertzuwachssteuer (!), Börsenumsatzsteuer, Körperschafts- (d. h. Gesellschafts-) Steuer, Kapitalverkehrssteuer, Grunderwerbssteuer; in manchen Fällen bis zur Hälfte, in manchen Fällen, wo verschiedene Steuern zusammentreffen, soll eine und die andere ganz wegfallen. Das ist die Kunst. Für das Ganze wird der Einnahmeausfall auf 550 Millionen Mark geschätzt.

Dem „Volk" soll diese Operation insofern von Nutzen sein, als sie eine Preissenkung von 2 Prozent (Zwei vom Hundert!) herbeiführen könne. Den Arbeitern bleibt bei den Flickversuchen die Hoffnung, daß sie einst, in grauer Nebelferne bessere Tage erleben können, wenn das Experiment des Buchhändlers einschlagen sollte. Wenn die Kapitalisten wieder ordentliche Profite machen, neue Reichtümer gesammelt, neu gebaut haben, amerikanisiert, rollendes Band und so, dann werden sie auch nicht so sein. Dann wird auch für die Proleten ein Happen abfallen. Wer dann noch lebt. Wenn das Experiment einschlägt. Aber es wird nicht einschlagen! Das Reinholdsche Finanzprogramm ist wie das Himmelreich. Wer sich darauf verläßt, ist verlassen.

Dr. Reinhold sieht die Ursache der Krise in der Kapitalknappheit. Es wäre mehr als sonderbar, wenn es einen Finanzminister gäbe, der nicht Ursache und Wirkung verwechselt. Aber gehen wir von seinem Aberglauben aus: Die deutsche Landwirtschaft ist mit 11 Milliarden Mark verschuldet, einschließlich der paar hundert Millionen Amerikakredite. Die Industrie ist im Verhältnis viel tiefer verschuldet; ihre Amerikakredite betragen an die 6 Milliarden Mark. Alles floß in den Konsum, ist aufgefressen. Viele hundert Millionen Mark flossen aus Amerika für deutsche Aktien, Beteiligungen, Sachwerterwerbungen. Alles hat nichts geholfen, alles ist Spielerei gegen die überlegene amerikanische Technik. Aber ausgerechnet diese 550 herabgeschraubten Steuerpimperlinge werden alles in Butter bringen! Daß dieser Mann mit seinem Wunderglauben keinen besseren Posten findet, als den des Finanzministers in einem krachenden, berstenden Trümmerhaufen.

Sehen wir uns die Eisenbartkur weiter an. Der Reichshaushaltsplan soll sich ausgleichen in Einnahme und Ausgabe mit 7,4 Milliarden Mark. Nach dem Einnahmeausfall sollen bleiben rund 6,4 Milliarden. Die Einnahmen sollen erhöht werden durch einen Münzgewinn von 133 Millionen. Das ist eine einmalige Einnahme. 47 Millionen sollen kommen aus vermehrten Einnahmen (woher?) und verminderten Ausgaben, d. h. Beamtenabbau. Nicht „schematisch" sagt Reinhold. Der Rest von 370 Millionen soll gedeckt werden durch Anleihen und durch Verausgabung vorhandener Betriebsmittel. Das ist wieder nur einmalig. Es wird also bleiben bei dem nicht „schematischen" Beamtenabbau. „Nörgler" und so.

Interessanter ist die Ausgabenseite von Reinholds Buch: Die Steigerung der Ausgaben für den direkten Staatsbedarf gegen 1913 beträgt 2270 Millionen Mark oder rund 85 Prozent, für das laufende Jahr. Allein 49 Prozent der gesamten Ausgaben entfallen auf „unmittelbare Ausgaben infolge des Krieges und der Besatzung" (!?, nähere Angaben will Herr Reinhold im „Ausschuß" machen!). Die „Militärversorgungsgebührnisse" (Offizierspensionen) **betragen 1492 Millionen Mark! — darunter alleine 160 Generale!** Fürsten, Rittergutsbesitzer, Millionäre und was noch alles so in der freiesten Republik der Welt pensioniert ist. Die „inneren Kriegslasten" betragen 298 Millionen Mark (darunter die paar Kröten für die Kriegskrüppel, Hinterbliebenen etc.). Im Jahre 1913 betrugen die gesamten Pensionen und Renten zusammen nur knapp 70 Millionen Mark. Neben den fast 1500 Millionen Offizierspensionen stehen für 1926 ganze 40 Millionen für die Erwerbslosen„fürsorge"! Weitere 60 Millionen für die produktive „Erwerbslosenfürsorge", die ja in der Hauptsache dem Kapital und den Staaten zufließen.

Diese Ziffern müssen die Proletarier sich merken: Die Offizierspensionen der demokratischen Republik betragen 1492 Millionen Mark. Das ganze kaiserliche Heer und Marine erforderten 1913 1320 Millionen! Schutzpolizei, Zivilpensionen erfordern 330 Millionen. Nochmals Zahlung an die Länder für die Schutzpolizei 190 Millionen Mark. Wohlverstanden, das sind alles nur persönliche Ausgaben, d. h. Gehälter! „Eine Ersparnis dürfte hier schwer möglich sein", meint Herr Reinhold! Für „sachliche Ausgaben" sind für Heeres- und Marineverwaltung nochmals 376 Millionen Mark ausgeworfen. Der Haushalt des Reichswehrministerium zeigt 1926 allein einen Mehrbedarf von 117 Millionen Mark auf (70 für Heer, 47 für Marine), infolge „der Steigerung der Gehälter und Löhne". Die Reichswehr alleine verbraucht 9 Prozent (bisher 7 Prozent) der direkten Reichsausgaben.

Neben diesem Etat des Offizierspensionsstaates verschwinden sogar die für 1926 ausgeworfenen 50 Millionen Mark „Zahlungen an die durch Kriegs- und Liquidationsmaßnahmen geschädigten Reichsdeutschen", die insgesamt noch 900 Millionen bekommen sollen. Selbst die 600 Millionen Mark für Reparationsleistungen verblassen an den Pensionen und Gehältern der Militaristen. Wären die Proletarier noch belehrungsfähig, diese Ziffern müßten sie aufpeitschen. Jeder versucht noch nachträglich aus dem Kriege sein Geschäft zu machen; nur das Proletariat hat seine Millionen auf dem Schlachtfelde gelassen oder verkrüppelt in die Heimat geschleppt, bezahlt die Zeche durch Millionenarbeitslosigkeit, durch Massenelend und Massensterben.

Von den Reinholdschen Ziffern glaubt sogar die Sozialdemokratie eine Wirkung auf die Arbeiter. Herr Hilferding unterließ es nicht, seinen obligaten Eiertanz aufzuführen und zu verkünden, daß die Sozialdemokratie nicht mit „allen" Maßnahmen „einverstanden" sei, das Existenzminimum müsse erhöht werden, in Berlin wohnen 2 Millionen Menschen zu je vier Personen in einem Zimmer, sogar 390 000 Personen mit ansteckenden Krankheiten hausen mit anderen zusammen in einem Raum. Ein Deutschnationaler mußte ihn fragen, warum er nicht wenigstens den Anfang gemacht habe, als er Finanzminister war. Herr Hilferding schiebt die Schuld für seine Unterlassung nicht nur den Deutschnationalen in die Schuhe, sondern auch die Annahme der Dawes-Gesetze!

Die Proletarier werden weiter schlafen, werden weiter in die Parlamente wählen, werden weiter Gewerkschaftsdisziplin üben, und die Sozialdemokratie wird nach einigem Feilschen dem neuen Versklavungsakte der Proletarier zustimmen. Und daß der Wohnungsbau keine Profite abwirft, daß die Proletarier neue Wohnungen gar nicht bezahlen können, weiß die Sozialdemokratie sehr genau. Erst wenn die Proletarier die Scheidelinie gezogen haben werden zwischen sich und ihren Parlamentariern und Gewerkschaften, zwischen sich und dieser famosen Republik, zwischen sich und dem Ausbeuterpack, erst dann werden sie die Voraussetzungen schaffen können für Existenzminimum und Wohnung.

Der amerikanische Riesenstahltrust.

Der Kapitalismus konzentriert sich auf immer riesenhaftere Gebilde. Noch ehe der deutsche Ruhr-Montantrust sich auch nur dem Namen nach konstituiert hat, haben sich in den Vereinigten Staaten 10 große Trusts, das ist fast ausschließlich die gesamte amerikanische Stahlindustrie von Bedeutung, zu einem einzigen Gebilde zusammengeschlossen.

Der Trust, der United States Steel Corporation" firmiert, setzt sich aus folgenden Werken zusammen: Carnegie Steel Co., Illinois Steel Co., American Steel u. Wire Co., American Steel u. Tin plate Co., Tenessee Coal, Iron u. Railroad Co., American Bridge Co., The Lorain Steel Co., National Tube Co., Canadian Steel Corporation, Minesotta Steel Co. Der Stahltrust beherrscht nicht nur die Stahlproduktion, sondern auch dessen hauptsächlichste Weiterverarbeitung, als Eisenbahnbau- und Betriebsgesellschaften, den bedeutendsten Autotrust, Maschinen- und Motorenindustrie, Brückenbau u. a.

Die Exportgeschäfte dieses Trustes werden durch die „United States Steel Products Company", eine extra für die Ausfuhr gegründete riesige Organisation vorgenommen, die in der ganzen Welt Filialen unterhält, so u. a. in Shanghai, Bombay, Johannesburg, Soerabaya, Valparaiso, Beuenos Aires, Rio de Janeiro, London, Rom, Rotterdam, Lima, Mexiko, Peking.

Diese Riesenorganisation, die zu ihrer überlegenen Technik noch ihre große Kapitalkraft fügt und langfristige Kredite gewährt, muß über jede europäische Trustspielerei den Sieg davontragen.

Gegen die amerikanische Industrieorganisation muß auch der stärkste deutsche Stahltrust eine lächerliche Kleinigkeit bleiben. In der Hauptsache wird sich die deutsche „Rationalisierung" auf die Lohndrückung und Auspressung der Arbeitssklaven werfen. Werden die deutschen Proletarier bald begreifen, daß ihre Gewerkschaftsspielerei gegen den modernen Kapitalismus eine Waffe ist, wie ein Kasperl gegen einen Panzerzug?

Der französische Außenhandel im Januar stark passiv.

Sinkende Ausfuhr — steigende Einfuhr.

Im Januar 1926 belief sich die französische Einfuhr auf 3 629 359 t im Werte von 4 483 133 000 Fr., was gegenüber dem Vorjahre eine Erhöhung um 110 806 t im Werte von 1 319 159 Fr. bedeutet. Die Ausfuhr belief sich im Januar 1926 auf 2 271 273 t im Werte von 3 868 345 000 Fr. Gegenüber dem Januar 1925 bedeutet das eine Verminderung um 5436 t, dagegen eine Erhöhung des Wertes um 317 815 000 Fr. — Die „Erhöhung" des Wertes liegt in dem entwerteten Franken. Frankreich zeigt dasselbe Bild wie das gesamte Europa, trotz seiner Inflationsschmutzkonkurrenz.

Aus der Bewegung

„Volksentscheid" und die Frauen

Um für diese Parole auch bei den Frauen zu werben, hatte die KPD. in Berlin sieben Frauenversammlungen einberufen. Das Thema hieß: „Wie wollen die Frauen Wilhelm II. abfinden?"

Trotz des anziehenden Themas, mäßiger Besuch. Am Eingang wurden den Frauen kostenlos kleine Papierfähnchen in die Hand gedrückt. Sie trugen die Aufschrift: „Keinen Pfennig den Fürsten."

In Neukölln hielt Dr. Ernst Meyer das Referat. Er setzte den Frauen den Rechtsstandpunkt der Fürstenabfindungen auseinander, klärte den Eigentumsbegriff zwischen Staat und Fürstenhäuser auf, indem er langatmig erzählte, wie der österreichische Herr Schacht Kaiser Wilhelm II. eine reichhaltige Bildergalerie anbot, wenn er dafür den Grafentitel erhielt. Nach langen Verhandlungen bekam Herr Schacht seinen Grafentitel und Wilhelm II. die Bilder. Jetzt fordert Wilhelm II. auch für die Bilder eine Entschädigung. Der Referent machte die Frauen darauf aufmerksam, daß es ganz rechtwidrig sei, daß Wilhelm dieses als sein Eigentum betrachte, es wäre doch Staatseigentum; ja Wilhelm müsse sogar nach den deutschen Gesetzen zu Zuchthaus verurteilt werden. Denn der betreffende Paragraph heißt: „Wer Titel verleiht, um sich persönliche Vorteile zu verschaffen, der wird mit Zuchthaus bestraft."

Es war eine harte Geduldsprobe, dieses ruhig mitanzuhören. Auch die Frauen schenkten den Ausführungen wenig Aufmerksamkeit. Sie verlangten sensationelle Enthüllungen über die Fürstenliebchen; denn die wiederholten Ausrufe „und die Huren?" charakterisierten ihre Einstellung. Endlich gab ihnen der Referat ein paar magere Brocken über die Fürsten-Mätressen. — Vorsichtig schilderte er das bisherige Verhalten der Sozialdemokratie, daß mit ihrer Hilfe den Hohenzollern neben einer monatlichen Rente von 50 000 Mk. 60—80 Millionen Mark hinterher geschickt worden sind.

Er zitierte den Artikel über Fürstenabfindung in der Vossischen Zeitung (Morgenausgabe vom 17. Februar) von dem Fürstenanwalt dem **Sozialdemokrat Rechtsanwalt Heine.**

Man höre, was Heine wörtlich sagt:

„Politischen Erwägungen entsprang auch die in fast allen Bundesstaaten von den Vertretern des republikanischen Gedankens geäußerte Absicht, den ihrer Herrschaft verlustig gegangenen Fürsten keine **unnötigen Kränkungen zuzufügen** und ihnen die Möglichkeit einer Lebenshaltung zu lassen, die nicht bei ihren vielen Anhängern Mitleid und Erbitterung erzeugen und als Agitationsmaterial gegen die Republik ausgenutzt werden könnte.

Der wirtschaftliche Verfall Deutschlands machte andererseits die vollzogene Fürstenabfindung zu einem neuen Problem, an das im Revolutionswinter kein Mensch gedacht hatte. Die den Fürsten zugebilligten Abfindungsrenten wurden Bruchstücke von Pfennigen. Mit manchem der früheren Landesherren wäre es nicht zu Prozessen gekommen, wenn man ihnen rechtzeitig im Wege des Gesetzes maßvolle Aufwertungen angeboten hätte."

„Die politische Aufgabe des etwa zu schaffenden Kollegiums geht aber auch dahin, nicht monarchistische Agitationsherde entstehen zu lassen, und dazu gehört nicht nur, daß man die Mittel der ehemaligen Landesherren beschränkt und ihren Gebrauch kontrolliert, sondern, daß man auch auf die Sentimentalitäten Rücksicht nimmt, die wieder die Art der Abfindung der Fürsten gefühlsmäßig zum Ausgangspunkt neuer Feindschaft gegen die Republik nehmen könnten."

Ohne diese gemeine zynische Verhöhnung der Arbeiter richtig zu geißeln, appellierte er trotz alledem an die Sozialdemokraten, den Volksentscheid gemeinsam zur Durchführung zu bringen.

In der Diskussion sprach eine KAPD.-Genossin. Sie zeigte gerade an diesen schamlosen frechen Ausführungen des Rechtsanwalts Heine die famose Einheitsfront mit SPD. und KPD. auf. Sie erklärte den Frauen, daß Privateigentum die festeste Säule des Kapitalismus sei. Und die Enteignung eines Teiles der Kapitalisten, wie der Fürsten, könne nicht durch Abgabe von Stimmen vollzogen werden. Es wäre eine Illusion und eine schlimme Irreführung und **Ablenkung von ihren eigentlichen Aufgaben,** den Arbeitern begreiflich zu machen, daß sie, ohne die Macht zu haben — im kapitalistischen Staat etwas zu bestimmen hätten. **Das seien Machtfragen.** Und sie zeigte der Versammlung, daß die Macht die famose Republik ist mit ihrer Weimarer Verfassung, mit ihrer Klassenjustiz, die täglich die Arbeiter zu den grausamsten Strafen verurteilt. Und diese Reichsregierung läßt vorläufig gnädigst zu, daß Listen zum „Volksentscheid" ausgelegt werden dürfen. Und dieses Manöver bucht die KPD. noch als ihren parlamentarischen Erfolg? Zum Schluß zeigte sie die Aufgaben des revolutionären Proletariats auf. Daß es nun mehr wie je gelte, diese Illusion, dieses großangelegte Massenbetrugsmanöver zu zerstören und die Kräfte zu organisieren zur Enteignung aller Kapitalisten, d. h. zum schwersten aller Kämpfe, zur Uebernahme der wirtschaftlichen und politischen Macht durch das Proletariat. Diese Aufführungen fanden bei den Arbeiterfrauen große Zustimmung. Nun sprach ein KPD.-Mitglied, eine Lehrerin, und beklagte sich, daß es nicht recht wäre, sich dieser großen Volksbewegung entgegenzustellen. Sie forderte auf, sich dem roten Frauen- und Mädchen-Frontkämpferbund anzuschließen und die Werbeversammlungen zu besuchen. Sie sagte wörtlich: „dort wird euch kein langweiliges Referat gehalten werden, auch wird **nicht von Politik** gesprochen, sondern es wird nur auf die Ziele und Wege des roten Frontkämpferbundes hingewiesen."

Dieses Kunststückchen kann nur die „einzige Arbeiterpartei", „die Führerin des Proletariats", die **„kommunistische"** Partei Deutschlands fertig bringen.

Im Schlußwort mußte der Referent bestätigen, daß durch den „Volksentscheid" das kapitalistische Privateigentum nicht erschüttert wird. Aber trotzdem dürfe man diese Bewegung nicht sabotieren. Die Deutschnationalen sabotierten diesen Volksentscheid und wir wären demnach auf dieselbe Linie zu bringen.

Und, führte Dr. Ernst Meyer weiter aus, sollte die Reichsregierung diese große Volksbewegung zu verhindern suchen, dann werden sie **Aufrufe zur gewaltsamen Besetzung erlassen. Sie werden in den Schlössern Wachen aufstellen** — — —.

Genossen von der KPD. laßt ihr euch diesen Unsinn weiter gefallen? Wollt ihr euch für diese Fata-Morgana einspannen lassen? Wollt ihr den letzten revolutionären Kredit vor die Hunde werfen? Wenn nicht — dann helft uns dieses Lügengewebe und diesen Massenbetrug zu zerstören und sammelt alle Energie und Kraft gegen diese verräterische Einheitsfront und setzt euch ein für den kompromißlosen Klassenkampf um die wirtschaftliche und politische Macht.

Die Ursache der Verelendung ist der Kapitalismus, die Demokratie. Nicht Enteignung einiger Parasiten, sondern Enteignung aller Ausbeuter. Nicht Stärkung der Republik durch die Vermögen der Fürsten, sondern Bekämpfung beider. **Nicht Volksentscheid, sondern Revolution.** Das ist die Aufgabe der Arbeiterklasse. Durch den Sturz des Kapitalismus wird auch die Republik beseitigt und ihre fürstlichen Lieblinge. Durch die Eroberung der politischen Macht erkämpft sich das Proletariat die gesamte Wirtschaft, einschließlich der fürstlichen Vermögen.

Mitteilungen

Abrechnung der VRUK. 31. 1. 26. Berlin (Extra-Listen).

2. Bezirk: Listen Nr. 300. 81. Verkaufsstelle Konsum Beusselstraße 6 Mk.; Nr. 301. à Konto 4,20; Nr. 348. AEG. Turbine, Düsen- und Werkzeugbau 34,10.

3. Bezirk: Nr. 330. Gießerei Kremner-Pankow 19 Mk.; Nr. 331. Nachweis Gormannstraße 4,25; Nr. 332. F. A. Lautenschläger, Südufer 5—6 63,50; Nr. 333. 2,80; Nr. 334. Fa. Görz, Friedenau 5,30; Nr. 335. Wittler-Brotfabrik, Marxstr., 8,50; Nr. 336. Umspannwerk Humbold, Kopenhagenerstr., 25,50.

4. Bezirk: Nr. 272. Betr. Küchenmeister, Turmstraße 70, 32,35 Mk.; Nr. 273. Küchenmöbelfabrik Reimann u. Comp., Rüdersdorferstraße, 10.

5. Bezirk: Nr. 266. Deutsche Werke Spandau, 49,70 Mk.; Nr. 270. 9,30; Nr. 265 3.

6. Bezirk: Nr. 346 à Konto 8,50 Mk.; Nr. 347 18;.

7. Bezirk: Nr. 277. Deutsche Baugesellschaft Occident, Friedrichsfelde, Triftweg. 33 Mk.; Nr. 278. Betriebswerkstätte Nord-Südbahn 9,55; Nr. 280. Siemens-Bau-Union, Gerätehof, 15; Nr. 281 2; Nr. 283 4; Nr. 287. Siemens-Bau-Union, Baustelle Ruhleben, 22,70; Nr. 288. Priteg Norden, Chausseestr., 8,05; Nr. 279 1,50.

11. Bezirk: Nr. 252 9 Mk.; Nr. 253, ges. Gen. Rabe, 53,60.

13. Bezirk: Nr. 264. Fertigguß, Tempelhof, 20,50 Mk.; Nr. 262 3.

14. Bezirk: Nr. 254. Eisenbahn-Ausbesserungs-Werkstätte Tempelhof, M. Schmide, 30,50 Mk.; Nr. 255 6; Nr. 256 3; Nr. 257 14,25.

15. Bezirk: Nr. 309 13 Mk.; Nr. 310 12; Nr. 311 11; Nr. 312 8,50; Nr. 313 8.

17. Bezirk: Nr. 289 5,50 Mk.; Nr. 293 5.

20. Bezirk: Nr. 337 10,20 Mk.; Nr. 338 8; Nr. 339 2; Nr. 341 7,50.

21. Bezirk: Nr. 320 17,60 Mk.; Nr. 321 7,75; Nr. 322 21,50; Nr. 323 2,50; Nr. 324 8; Nr. 325 4,70; Nr. 326 4,80; Nr. 327 6,50; Nr. 328 450; Nr. 329 11,90.

Reich (Mitteldeutschland) (Extralisten).

Halle: Listen-Nr. 351 7,20 Mk.; Nr. 355 1,40; Nr. 356 7,40; Nr. 358 3,80; Nr. 360 1,55.

Chemnitz: Nr. 361 5 Mk.; Nr. 362. Betrieb Weißbach, Chemnitz, 20; Nr. 363 5.

Nürnberg: Nr. 371 42 Mk.; Nr. 372 7.

Ludwigshafen: Prvis. Liste 18 Mark.

Braunschweig: Nr. 370 12,20 Mk.; Nr. 368 2,50.

Düsseldorf: Nr. 389 4 Mk.; Nr. 390 4,50; Nr. 392 6,20; Nr. 393 3,25; Nr. 394 4,20; Nr. 395 6; Nr. 396 8; Nr. 397 7,20; Nr. 398 5,50; Nr. 399 29,20; Nr. 400 7,20.

Berlin (laufende Listen).

1. Bezirk: Listen-Nr. 242 3,50 Mk.

20. Bezirk: Nr. 80. Genosse Amberger, Max. 13 Mk.; Nr. 79 5,50.

21. Bezirk: Nr. 40 6 Mark (verspätet).

Berlin (Sammel-Marken): 3. Bezirk 20 St. 4 Mk., 4. Bezirk 27 St. 5,40; 14. Bezirk 30 St. 6 Mark.

Reich (Sammelmarken): Halle: 23 St. 4,60 Mk.; Brandenburg: 6 St. 1,20; Braunschweig: 1 und 3; Ludwigshafen: 5 Mk.

Berlin (Extra-Einnahmen): Türsammlung 82,61 Mk.; Prol. Feier 7. Nov. 45; Gen. Lippe 1; 21. Bezirk, Ueberweisung der Bezirkskasse 20; Türsammlung 22. Januar 57,30 Mk.; Gen. Hefeld 5; Gen. von auswärts 200; Gen. Kunow 10 Mark.

Reich (Extra-Einnahmen): Köln 3,90 Mk. Kiel 6,50. Magdeburg 4,40. Halle 2,88. Wilhelmshaven 2,40. Zittau 1,08. Aschersleben 38,50 und 6,90 a. Listen. Erdle, Dortmund 3. Orthöfer L'hafen 5. Muncke (?). Westeregeln 50 Pfennig.

Bei Einsendungen von Geldern muß unbedingt angegeben werden, wofür sie bestimmt sind.

VRUK. Verwaltungskommission.

Reichs- und Arbeits-Ausschüsse Union und Partel und Berliner Zentrale am Dienstag den 23. 2. 1926, Gipsstraße, Kombinierte Sitzung.

14. Unterbezirk (Neukölln). Freitag, den 26. Februar 1926, abends 7,30 Uhr, bei Schwarzkopff, Fontanestraße 26, Mitgliederversammlung. Thema: „Vom Wesen des dialektischen Denkens." — Symphathisierende sind eingeladen!

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto Schernell-Berlin.
Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iandoski, Berlin O 17, Langestr. 79.

7. Jahrg. Nr. 16

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Februar 1926
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats

Der demokratische Jahrmarkt

und seine „Kanonen"

Wer Ramschware verhökern will, der muß möglichst laut schreien. Was die demokratische Republik den hungernden Massen zu bieten hat, ist bitter wenig, und erbärmlichster Schund. Gewiß sind die Arbeiter bis zu einem gewissen Grad an diesen Schund gewöhnt, aber hier und da sieht man schon das verächtliche Lächeln. Kein Wunder, daß sich die Anreißer wie toll gebärden, um ihren Mist an den Mann zu bringen. Ihnen kommt es natürlich lediglich auf das Geschäft an.

In Hamburg ist „Großkampftag". Wir haben leider nicht den Raum zur Verfügung, um für diesen Fax eine große Einleitung zu schreiben. Wir müssen uns damit begnügen, das festzuhalten, was in dieses Brimborium eingewickelt ist. Das ist folgendes:

Diese Demokratenrepublik segelt steuer- und gedankenlos im Sturm der Krise dahin. Was soll werden, wenn nun Anfang März die Arbeitslosigkeit weiter steigt, wenn nirgends am Horizont ein Anzeichen eines warmen Regens zu entdecken ist, der diese tödliche Dürre mildert? Dann entpuppt sich diese Demokratenrepublik als eine häßliche Attrappe, hinter der kein Gedanke, kein Wille, kein Programm, keine Zukunft, kein Inhalt steckt. Denn wenn sie auf die Dauer nur eines kann: Millionen so hübsch trocken-demokratisch um die Ecke zu bringen, so darf sie sich nicht wundern, wenn sich dafür letzten Endes noch nicht mal das älteste Mitglied der Gewerkschaften begeistern kann. — Man mußte angesichts dieser traurigen Sachlage wieder einmal einen großen Jahrmarkt inscenieren, um die „Ideale" zu zeigen. Man darf diese Blechdinger nur nicht näher besehen!

Es mag richtig sein, daß man — vom Standpunkt der Besitzer dieser Republik besehen — besser etwas tut, wie gar nichts. Aber dieses etwas ist mehr als mager. Die Bourgeoisie — die deutsche! — schleppt da die Fahnen von 1848 durch die Straßen. Was sollte das wohl besagen? Etwa, daß die „deutschen" Demokraten 1848 schmählich vor der Monarchie zu Kreuze krochen, diesen Plunder von Monarchie noch retten wollten, als er von selbst zusammenbrach? Man kann dagegen natürlich nichts einwenden. — Doch wahrscheinlich sollte den Teilnehmern demonstriert werden, wie revolutionär die Demokraten heute noch sind. Und wir pflichten bei, daß die Herren heute noch — daß wir uns nur nicht versprechen! — genau so „revolutionär", der Zeit entsprechend noch revolutionärer sind wie 48. Und das kommt eben daher, daß heute die Grundlagen der kapitalistischen Ausbeuterrepublik schon tief hinein verfault sind. Ist es nicht etwa eine revolutionäre Tat, diese Ausbeuterrepublik, die nicht rückwärts, nicht vorwärts kann, die sich selbst im Wege ist, die aus allen Poren nach Korruption und Fäulnis stinkt; — ist es nicht revolutionär, diesen Leichnam zu verteidigen? — Ueber den Geschmack läßt sich wohl streiten, bloß nicht mit den deutschen Demokraten, die haben anerkannterweise einen ganz besonderen Geschmack.

Sie können heute noch nicht mit ihrem aristokratischen Pack fertig werden und scheuen selbst im bürgerlichen Sinne eine einschneidende Maßnahme, wie das Kind das Feuer. Um so lauter schreien sie „Gegen die Fürsten". Und sie wehren sich verzweifelt gegen eine Maßnahme, die das kapitalistische „Recht", das Recht auf Eigentum verletzen könnte. Sie haben eine Angst vor der Arbeiterklasse, die gar nicht zu beschreiben ist. — Und sind sich selbst darüber klar, daß es auf die Dauer so nicht geht. „Wir brauchen ein Programm", ruft irgend eine Exellenz in Hamburg aus. Er hat vergessen, hinzuzufügen, um die Arbeiter ferner hinter unserem Popanz herzuschleppen. Nun, dieses Programm der deutschen Demokraten — heute, wo die kapitalistische Ordnung schon stinkt und wankt — dieses Programm, das auf dieser verfaulten kapitalistischen Grundlage basieren soll, das sollen sie nur schreiben! — Sie können ihre Feigheit spazieren tragen in Gestalt der alten Fahnen von 1848, die sie aus Angst vor dem Proletariat im Stich ließen. Sie können versuchen, dem knirschenden deutschen Imperialismus mit ihren Mannen beizuspringen und durch ihre Heuchelei über das unterdrückte Tirol dokumentieren, daß sie fassungslos darüber sind, daß es revolutionäre Arbeiter gibt, die diesen Schwindel durchschauen. Sie können versuchen, die stinkenden und gärenden Blasen, die der kapitalistische Zusammenbruch an die Oberfläche treibt durch ihr Phrasenparfüm zu verherrlichen; der wirtschaftlichen Fäulnis eine Ideologie gegenüberzustellen, die diesem Fäulnisgeruch standhalten soll. — Der Sumpf dieser verfaulenden Ordnung wird durch seinen Gestank dieses Parfüm bald aufzehren und übrig bleibt nach wie vor der geistige und gesellschaftliche Bankerott und eine staatsreaktionäre demokratische Republik mit ihren Anreißern, die die Arbeiter auf den Schindanger der Geschichte werfen muß, wenn sie leben wollen.

Das laute Schreien der demokratischen Anreißer ist ein sicheres Zeichen, das die Sache anfängt, ihnen auf die Nerven zu fallen. Die sozialdemokratischen und Gewerkschaftszeitungen entdecken mit einem Male, **daß die Arbeitslosenziffer kein Gradmesser für die Schärfe der Krise ist!** Sie eröffnen bereits eine Kampagne **gegen die „Miesmacher"!** Sie finden sich offen damit ab, daß die kapitalistische Produktion eine fortlaufende Rationalisierung infolge der Verengerung des Absatzmarktes vornehmen muß und die abgestoßenen lebendigen Produktionsmittel — die Arbeiter — in den sozialen Abgrund speit. Während sie auf der einen Seite diese Rationalisierung für notwendig halten — und damit auch notwendigerweise die Folgen auf das Proletariat —, verlangen sie andererseits heuchlerisch „Erhöhung der Löhne" und der Erwerbslosenunterstützung. Sie verlangen damit — natürlich nur zum Schein — Maßnahmen, die die Rationalisierung aufheben. Sie stehen zwischen Baum und Borke und gleichen der deutschen Bourgeoisie mit ihren 48er Fahnen wie ein Tropfen Wasser dem anderen. Arbeiter! Hört nicht auf die „Miesmacher"! Wenn ihr auch verreckt, massenweise verreckt, — das ist noch kein Beweis für die Schärfe der Krise!

In einem Orkan von gesellschaftlichen Erschütterungen, in einem Wust von Heuchelei und Lüge, in einem Heer von üblen und abgefeimten Marktschreiern steht das revolutionäre Proletariat. Doch wären die Demokraten mit ihren Helfern — den Sozialdemokraten und Gewerkschaften allein, wäre der Kampf noch leicht. Doch darf uns eben scheinbar nichts erspart bleiben. Man muß die Ausweglosigkeit in ihrer ganzen Deutlichkeit sehen, muß den geistigen und gesellschaftlichen Bankrott der Träger dieser Ordnung in seiner ganzen Größe ermessen, um zugleich zu ermessen, wie sinnlos und verbrecherisch gerade das Beginnen einer Partei ist, die sich „revolutionär" und kommunistisch nennt. Ein Zustand, der jedem den Atem raubt, eine Lage, die verzweifelt ist, eine Bourgeoisie, die stockreaktionär, zu allem fähig ist, und — diese KPD. hat nichts anderes zu tun, als dem Proletariat weiszumachen, daß es mit den Waffen dieser Bourgeoisie die Enteignung der Fürsten vornehmen könnte, und obendrein noch zu Gunsten des Proletariats. Hat keine anderen Parolen als den Kampf um diese Republik, für diese Republik, auf dem Boden der Republik. Sie watet bis über den Knien im Sumpf des Parlamentarismus dieser Republik und schreit sich heiser, um die Arbeiter in die Organisationen zu bringen, die mit dieser Republik stehen und fallen. Wie die Bourgeoisie in Hamburg die zerfetzten Fahnen von Arbeitern vor sich hertragen läßt, um Ideale vorzutäuschen, so die KPD. die rote Fahne um ihre wahre Politik zu verdecken.

Und doch haben wir die feste Zuversicht, daß der Maulwurf „Geschichte" weiter tapfer nagen wird, die zum Dauerzustand werdende Krise die noch vorhandene Ideologie zerfressen wird und den Arbeitern zum Bewußtsein bringt, daß nur der revolutionäre Kampf Ausweg und Sieg bedeutet, nur der Kommunismus Rettung bringt. Daß, wenn auch hoch der Preis sein wird, den der Kampf erfordert, doch echt die Ware ist.

Achtung! Ortsgruppen und Postbezieher!

Dieser Nummer liegen Zahlkarten bei. Genossen, kommt sofort euren Verpflichtungen nach. Ortsgruppen, die mehr als vier Nummern im Rückstande sind, sowie Einzelleser, die für den Monat Februar ihr Abonnement bis zum 1. März nicht beglichen haben, können im März nicht mehr beliefert werden. Genossen! Haltet Eure Zeitung hoch! Macht rege Propaganda für die „KAZ". — Sammelt für den Pressefond.

Expedition der „KAZ".

Die Bibel der Wirtschaft

Während die Kontrolle der Eisenbahn nach Reparationsgrundsätzen und zu Reparationszwecken mehr der Tätigkeit eines aktiven Aufsichtsrats entspricht, bedeutet die Ueberwachung der Reichsbank und ihrer Geschäftsgebarung eine nach den kapitalistischen Begriffen tief einschneidende und die Souveränität des nationalen Kapitals stark bedrohende Maßnahme. Die bedrohte Souveränität ist die Gefährdung des nationalen Profits und damit der Unabhängigkeit und des Monopols in der Ausbeutung des eigenen Proletariats. Das deutsche Kapital ist nicht mehr der Herr im Hause. Diese Verschlechterung gegenüber dem Versailler Vertrag, welche die Folge und die Frucht der Inflation und der Sabotage der Erfüllungspolitik ist, drückt es besonders, weil neben und teilweise im Gegensatz zu seinen Interessen die Sicherung der Reparationszahlungen getreten ist. Zwar muß das Ententekapital zwangsläufig die Entwicklung des deutschen Kapitals fördern, aber es unterbindet gleichzeitig seine imperialistischen Möglichkeiten. Das ist der wunde Punkt, weil keine kapitalistische Wirtschaft sich auf ihre Grenzen beschränken kann, zumal, wenn der Binnenmarkt nicht im entferntesten die Aufnahme der Produktion gewährleistet. Die Kontrolle der gesamten Staatswirtschaft durch diejenigen Mächte, welche es als ihre spezielle Aufgabe betrachten, jede und auch nur die kleinste Ausdehnungsmöglichkeit im Keime zu ersticken, wird aus den angegebenen Gründen besonders gewissenhaft ausgeführt. In der kapitalistischen Wirtschaft ist die Politik der Staatsbank von ausschlaggebender Bedeutung. Dies trifft um so mehr für die Zeit nach einem Zusammenbruch der Wirtschaft zu, wenn alle sog. aufbauenden Kräfte in den öffentlichen Mitteln konzentriert sind. Die Reichsbank ist die Dachgesellschaft für die deutsche Wirtschaft. Sie schafft und stellt die Betriebsmittel zur Verfügung im Gegensatz zu einer organisch gewachsenen Wirtschaft, die ihre Mittel mehr in sich trägt und bei der der Staatsbank eine mehr regulierende Tätigkeit zufällt.

Das Währungsproblem, das heute die gesamte Wirtschaft beherrscht und im Vordergrund steht, ist ein Kind der kapitalistischen Krise. Nachdem in der Nachkriegszeit das Leitmotiv war, die Wirtschaft ist alles, die Währung ist nichts, ist man jetzt zu der umgekehrten Anschauung gelangt. Die Privatwirtschaft, in die sich das Kapital vor der Ueberfülle der staatlichen Verpflichtungen insbesondere der Reparationslasten zu flüchten versuchte, hat begreifen müssen, daß ihre alleinige Machtposition nicht haltbar ist. Sie muß eine Organisation des gesamten Untergrundes haben, d. h. eine Herrschaftsform, durch die eine ihern Zwecken angepaßte Ordnung mit und durch den notwendigen Unterdrückungsapparat gewährleistet wird. Der Aufbau dieser Ordnung hängt in erheblichem Maße von einem in einen festen Rahmen gebrachten Ausbeutungssystem des Proletariats ab. Die Inflation mit ihren durch den Währungsverfall bedingten dauernden Schwankungen und den damit verbundenen, nie aufhörenden wirtschaftlichen Kämpfen insbesondere um die Höhe des Arbeitslohnes und der Ueberlastung des gesamten Apparates mit äußerst unproduktiven Arbeiten hat die revolutionären Energien der Arbeiterschaft so stark entfesselt, daß schon diese Tatsache genügte, um dem Kapital die Notwendigkeit einer stabilen Währung vor Augen zu führen.

Seit Herbst 1923 sucht das deutsche Kapital mit Hilfe und Unterstützung insbesondere des amerikanischen Kapitals die Stabilisierung der Währung durchzuführen, indem es davon ausgeht, daß damit ohne weiteres auch die Stabilisierung der Wirtschaft gegeben ist. Es faßt außerdem das Problem von der rein technischen Seite auf, weil es den Sturz der Währung allein für den Zusammenbruch verantwortlich macht. Wir haben zu Beginn der Stabilisierung ganz klar zum Ausdruck gebracht, daß die äußerliche Stabilisierung, wie sie sich in der Stabilisierung der Währung darstellt, keine Lösung der Krise bedeute. Man könne zwar die Währung durch krampfhafte Anstrengungen halten, es würde aber damit gleichzeitig die wirtschaftliche Grundlage vernichtet werden. Die Auswirkungen dieser Form der Stabilisierung zeigen sich jetzt in schrecklichstem Maße. Sie basieren darauf, daß die staatliche Wirtschaft allein existiert und die übrige Wirtschaft von ihr gespeist wird. Die Privatwirtschaft hat keinen eigenen Fundus und lebt nur von staatlichen Subventionen, weil sie sich durch die Inflation und die damit verbundene Flucht in die Sachwerte jeder Mittel entblößt hat.

Charakteristisch für die Lage zur Zeit des Ueberganges zur Stabilisierung war, daß der Notenumlauf Ende Oktober